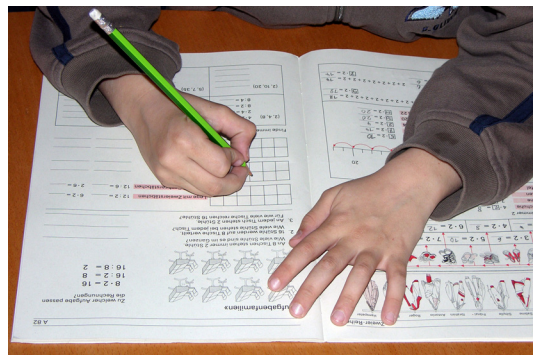
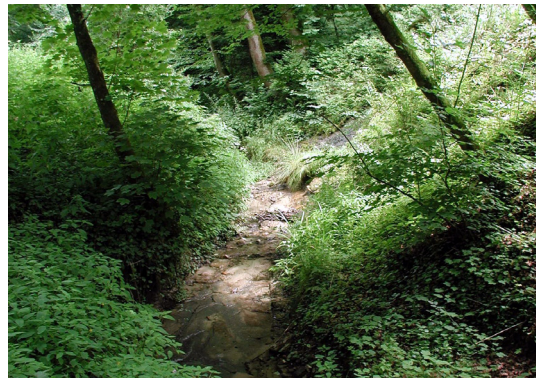


Nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau

Kurzbericht



Aarau, 1. März 2005

Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude, 5001 Aarau
062 835 35 35 (Staatskanzlei)

Der Bericht ist elektronisch verfügbar unter:
www.ag.ch/alg (Download als pdf-Datei)

Datenbasis vorwiegend 2003

Vorwort

Nachhaltigkeit bedeutet, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ausgewogen so zu entwickeln, dass wir den Handlungsspielraum unserer Nachfolgegeneration nicht schmälern. Dieser schwierigen Herausforderung mussten sich unsere Vorfahren stellen und müssen wir uns heute stellen, wenn wir unsere staatlichen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen wollen. Das heisst, über momentane Interessen hinaus Probleme ganzheitlich und vorausschauend zu erkennen und einer Lösung zuzuführen.

Nehmen wir diese Verantwortung auch wirklich wahr? Diese Frage zu beantworten erfordert eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung unseres Kantons in allen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Der Aargau legt deshalb einen ersten Bericht über die Nachhaltigkeit vor; eine Gesamtschau der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen seines Tuns, orientiert an dreissig Indikatoren.

Dieser erste Bericht analysiert und vernetzt dreissig Schlüsselbereiche der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau. Er fokussiert auf sechs prioritäre Themenfelder, zeigt an ihnen die Vernetzung zukunftsrelevanter Fragen und macht Zielkonflikte transparent. Der Bericht gibt keine Noten über unser Tun und Handeln, sondern soll über die Zeit die Veränderungen in wichtigen Schlüsselbereichen aufzeigen.

Dieser Bericht zur nachhaltigen Entwicklung im Aargau richtet sich an die öffentliche Politik und an die Verwaltung. Eine nachhaltige Entwicklung muss gemeinsam angegangen werden. Dies erfordert Vorausdenken, Beharrlichkeit und Weitsicht auf allen Stufen – auch über unsere Kantons-grenzen hinweg.

Der Aargau ist ein zukunftsfähiger Kanton, der seine Verantwortung in unserer Welt im Sinne der Nachhaltigkeit wahrzunehmen weiss.

Peter C. Beyeler, Regierungsrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung

1. Eine langfristig ausgewogene Entwicklung als Ziel	1
1.1 Nachhaltige Entwicklung	1
1.2 Ziele des Berichts Nachhaltigkeit	2
1.3 Stellung des Berichts Nachhaltigkeit	3
2. Nachhaltige Entwicklung im Aargau	4
2.1 Nachhaltige Entwicklung messen.....	4
2.2 Messresultate	5
2.3 Der Aargau im Vergleich mit anderen Kantonen.....	5
3. Äussere Einflüsse auf den Aargau	7
3.1 Globalisierung	7
3.2 Europäische Integration	8
3.3 Demographische Entwicklung	9
3.4 Technologie und Gesellschaft	11
3.5 Variable Geometrie	12
4. Innere Herausforderung in sechs Themenfeldern	13
4.1 Wirtschaftliche Dynamik durch Bildung und Innovation.....	15
4.2 Soziale Integration durch Bildung und Kultur	18
4.3 Öffentliche Sicherheit	22
4.4 Öffentliche Gesundheit.....	25
4.5 Raum, Mobilität und Umwelt.....	29
4.6 Nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Leistungen.....	32
5. Nachhaltige Entwicklung im Aargau: vernetzen, abstimmen, abwägen	35
6. Ausgewählte Literatur.....	37
Anhang: 30 Schlüsselbereiche zur nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau	39

Zusammenfassung

Eine langfristig ausgewogene Entwicklung als Ziel

Politische Entscheide von gestern und heute beeinflussen die Lebensqualität der Generationen von morgen. Langfristige und weitsichtige Entscheide sind eine Grundbedingung für eine ausgewogene Entwicklung. Der Bericht Nachhaltigkeit gibt Auskunft über Veränderungen in der nachhaltigen Entwicklung, über Herausforderungen und Zielkonflikte. Als Spiegel der aktuellen Zustände zeigt er die übergeordneten Wirkungen des staatlichen Handelns auf. Er fügt sich als Puzzlestein in den Kreislauf der Steuerungs- und Planungsinstrumente des Kantons und leistet einen Beitrag zu einer ausgewogenen Entwicklung des Kantons.

Lebensqualität für die kommenden Generationen

Nachhaltige Entwicklung im Aargau

Der Kanton Aargau hat zahlreiche Stärken, so u.a. seine zentrale Lage in der Schweiz und in Europa und seine gute Verkehrserschliessung. Zusammen mit den vorhandenen Baulandreserven, der gut ausgebauten Bildungs- und Forschungslandschaft, der moderaten Steuerbelastung und dem hohen Potenzial für Naherholung (Flusstäler/Auen, Jurahöhen, Hallwilersee) macht ihn dies als Firmensitz und Wohnort interessant. Diese Stärke spiegelt sich in einem intakten sozialen Umfeld, einer jungen Bevölkerung im schweizerischen Vergleich und einer grossen kulturellen Vielfalt. Die Verschuldung des Staatshaushalts ist im interkantonalen Vergleich moderat, aktuell sind jedoch einige Sonderlasten zu berücksichtigen.

Zentrale Lage und intaktes soziales Umfeld

Im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung zeigen sich auch Schwächen: Das Volkseinkommen des Kantons Aargau und das Wirtschaftswachstum liegen im schweizerischen Mittelfeld. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und das psychische Wohlbefinden nahmen in den letzten Jahren ab. Die Gesundheitskosten steigen stetig an. Die Zersiedelung, der hohe Flächenverbrauch sowie die Verkehrsleistung wachsen. Zwischen 1992 und 2002 sind die Ausgaben des Staatshaushalts stärker angestiegen als die Einnahmen und das Volkseinkommen; die Verschuldung hat sich erhöht. Dieser Trend konnte zwar ab 2003 gebrochen werden.

Mässiges Wirtschaftswachstum, Kostenentwicklung

Äussere Einflüsse auf den Kanton

Der Kanton Aargau befindet sich in einem Feld von äusseren Einflüssen, denen er sich nicht entziehen kann. Die wirtschaftliche Globalisierung führt zu einer Zunahme des Standortwettbewerbs. Die Integration in Europa schreitet voran. Die Alterung der Gesellschaft fordert mittelfristig die Wirtschaft und die Arbeitswelt, die Vorsorgeeinrichtungen, den öffentlichen Haushalt und das Gesundheitswesen heraus. Die Gesellschaft wird individueller und vielfältiger. Entwicklungsräume und räumliche Problemfelder stimmen nicht mehr mit den kantonalen oder nationalen Grenzen überein.

Globalisierung, Integration in Europa, Alterung der Bevölkerung und gesellschaftliche Veränderungen

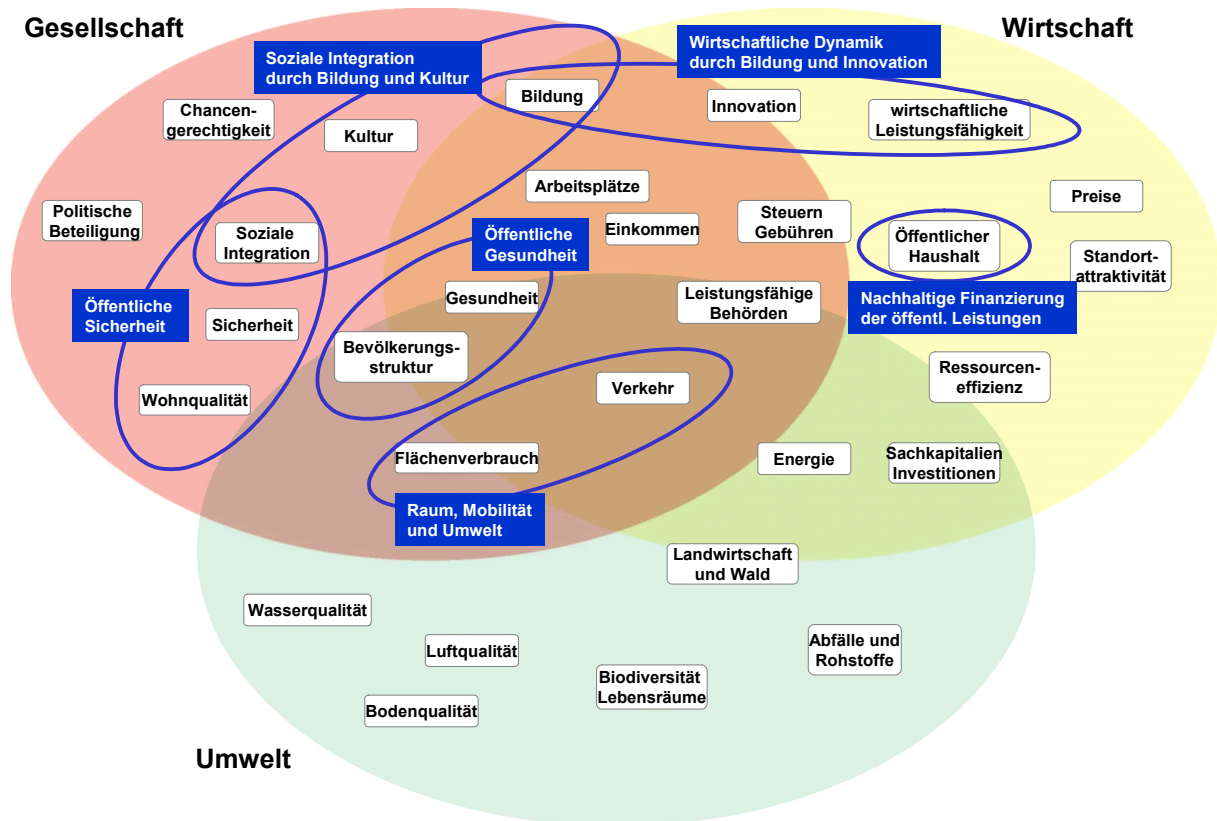
Innere Herausforderungen in sechs Themenfeldern

Sechs Themenfelder haben hohe Priorität für die mittelfristige Sicherung der Standortattraktivität und Lebensqualität im Kanton Aargau: Wirtschaftliche Dynamik durch Bildung und Innovation; soziale Integration durch Bil-

Sechs Themenfelder für eine nachhaltige Entwicklung

derung und Kultur; öffentliche Sicherheit; öffentliche Gesundheit; Raum, Mobilität und Umwelt sowie nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Leistungen.

Diese Themenfelder sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Bedeutung für den Kanton Aargau die Handlungsfelder – „Kristallisationskerne“ – für eine nachhaltige Entwicklung. Es sind Aufgabenfelder des Kantons, die er beeinflussen kann und in denen er mit konkreten Aktionen eine nachhaltige Entwicklung auslösen kann.



Drei Dimensionen, dreissig Schlüsselbereiche und sechs Themenfelder für eine nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau.

Themenfeld 1:
Wirtschaftliche Dynamik durch Bildung und Innovation

Der Anschluss des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Aargau z.B. an die neuen Hochtechnologien wie Informationstechnologie, Nanotechnologie und Biowissenschaften muss sichergestellt werden, um die wirtschaftliche Dynamik langfristig zu sichern und zu steigern. Der Transfer von Wissen in ökonomische Erträge sowie die Rahmenbedingungen für Jungunternehmen sind weiter zu verbessern. Der Kanton kann Dynamik und Innovation nicht direkt beeinflussen. Forschung, Wissensvermittlung und das Setzen von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zählen jedoch zu den Kernaufgaben des Staats.

Themenfeld 2:
Soziale Integration durch Bildung und Kultur

Das weitgehend intakte soziale Umfeld im Kanton Aargau soll trotz wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen erhalten und hohe Folgekosten im Sozial-, Sicherheits- und Gesundheitsbereich vermieden werden. Neben anderen staatlichen Handlungsfeldern können Bildung und Kultur massgeblich zu diesem Ziel beitragen, indem alle Gesellschaftsmit-

gliedert die Möglichkeit erhalten, ihre fachlichen und überfachlichen Qualifikationen – im Rahmen der jeweiligen Fähigkeiten und Möglichkeiten – zu fördern.

Neben der kurzfristigen Interventionsfähigkeit der Polizei muss eine vorausschauende und vernetzte Sicherheitspolitik gestärkt werden, um das hohe Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu halten. Das neue Polizeigesetz, die veränderte Sicherheitsarchitektur zwischen Gemeinden und Kanton, die interkantonale Zusammenarbeit und die Reorganisation der Kantonspolizei sind wichtige Schritte in dieser Richtung. Zusätzlich braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit mit präventiv wirkenden Fachbereichen wie soziale Integration, arbeitsmarktliche Integration oder Bildung.

Themenfeld 3:
Öffentliche Sicherheit

Medizinische Fortschritte, erhöhte Ansprüche der Bevölkerung und die demographische Alterung sind wichtige Gründe für die Kostenzunahme im Gesundheitswesen. Die am System Beteiligten haben wenig Anreize, um die Kosten zu senken. Für den Kanton ergeben sich Handlungsoptionen bei der Förderung einer umfassenden Gesundheitsvorsorge, welche auch Bereiche wie Arbeit, Umwelt und soziale Integration einschliesst sowie bei der Spital- und Versorgungsplanung.

Themenfeld 4:
Öffentliche Gesundheit

Die heutige hohe Standortattraktivität zum Arbeiten und zum Wohnen erfordert mittel- und langfristig eine Verringerung und Optimierung des Flächenverbrauchs und eine Verminderung des Verkehrswachstums. Für eine Trendwende sind neue Lenkungsmöglichkeiten zu prüfen. Der Umsetzung entgegen stehen strukturpolitische Hindernisse, wie die Förderung der Zersiedlung im ländlichen Raum, die oft fehlende regionale Gesamtsicht bei kommunalen Nutzungsplanungen oder die relativ günstigen Kosten des motorisierten Individualverkehrs.

Themenfeld 5:
Raum, Mobilität und Umwelt

Die Finanzierung der aktuellen staatlichen Tätigkeiten soll die Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der künftigen Generationen nicht verletzen. Aus diesem Grund bedarf es Frühwarn- und Steuerungsinstrumente, die mithelfen, einen ausgeglichenen Kantonshaushalt mit einer tragbaren Verschuldung zu erhalten, ohne die Balance zur Sachpolitik zu gefährden.

Themenfeld 6:
Nachhaltige Finanzierung öffentlicher Leistungen

Nachhaltige Entwicklung im Aargau: vernetzen, abstimmen, abwägen

Die Themenfelder zeigen inhaltliche und finanzielle Wechselbeziehungen auf. Neben Synergien, die es zu nutzen gilt, gibt es auch Zielkonflikte, die ein Abwägen der Interessen erfordern. Dieses Abwägen ist seit je eine zentrale Aufgabe der Politik. Anzustreben ist eine transparente Abwägung, bei der wichtige Interessen von Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und auch diejenigen der zukünftigen Generationen vertreten sind.

Wechselbeziehungen

Diesem Ziel dient auch der periodische Bericht Nachhaltigkeit des Kantons Aargau. Er ist eine wichtige ergänzende Grundlage für die Mittel- und Langfristplanung der staatlichen Tätigkeiten.

Bericht Nachhaltigkeit

1. Eine langfristig ausgewogene Entwicklung als Ziel

1.1 Nachhaltige Entwicklung

Eine nachhaltige Entwicklung beachtet die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und umweltrelevanten Ansprüche gleichwertig. Sie ist langfristig und weiträumig ausgelegt und berücksichtigt die Bedürfnisse von zukünftigen Generationen sowie von benachbarten oder entfernten Regionen (Abbildung 1). Weitere Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung sind Transparenz und Partizipation.

Definition

Diese heute allgemein anerkannte Auslegung von nachhaltiger Entwicklung geht auf die so genannte „Brundtland-Definition“ der UNO von 1987 zurück:

„Eine nachhaltige Entwicklung vermag die Bedürfnisse der heutigen Generation zu decken, ohne den künftigen Generationen die Möglichkeiten zu nehmen, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.“

Brundtland-Definition



Abbildung 1: Zeitliche, räumliche und inhaltliche Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung.

Die wichtigsten Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz sind:

Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz ...

- Die neue Bundesverfassung (Präambel, BV Art. 73), 1999
- Die Strategie nachhaltige Entwicklung des Bundesrates, 2002
- Die Deklaration von Rio über Umwelt und Entwicklung, 1992.

Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Aargau ist eine langfristig ausgewogene Entwicklung des Kantons. Den künftigen Generationen sollen eine hohe Lebensqualität und genügend Handlungsspielräume erhalten bleiben.

... und im Kanton Aargau

Die Sicherung von materiellen, sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen ist zudem ein Beitrag zu einer zukunftsfähigen Entwicklung auf schweizerischer und globaler Ebene, gemäss dem Leitsatz der Weltkonferenz in Rio 1992: „Global denken, lokal handeln“.

Nachhaltige Entwicklung hat zusammenfassend einen doppelten Charakter: Sie weist einerseits die Richtung einer wünschbaren Entwicklung, indem sie für wichtige Bereiche ein Ziel vorgibt. Andererseits zeigt sie auch den Weg, wie dieses Ziel zu erreichen ist, indem sie Instrumente für eine umfassende Betrachtung der bisherigen und zukünftigen Entwicklungen bereitstellt.

1.2 Ziele des Berichts Nachhaltigkeit

Veränderungen
aufzeigen

Mit dem Bericht „Nachhaltige Entwicklung im Kanton Aargau“ werden periodisch die nachhaltigkeitsrelevanten Veränderungen in unserem Kanton anhand von rund 30 Indikatoren aufgezeigt. Durch diese konsequente Aufzeichnung der Veränderungen gibt sich der Kanton Rechenschaft darüber, ob sein Tun und Handeln den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Messen, verstehen
und erkennen

Der Bericht Nachhaltigkeit verfolgt daher drei Ziele:

- **Messen** der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau mit Hilfe von Schlüsselbereichen und Indikatoren. Damit können erwünschte und unerwünschte Veränderungen oder Defizite aufgezeigt werden.
- **Erkennen** von zukünftigen Entwicklungen und Herausforderungen in wichtigen Themenfeldern. Dadurch können rechtzeitig Handlungsoptionen evaluiert werden.
- **Verstehen** von Zusammenhängen und Zielkonflikten zwischen den Schlüsselbereichen der nachhaltigen Entwicklung. Dies ermöglicht kohärente und langfristig ausgerichtete Entscheide auf allen Ebenen.

Spiegel des staatlichen Handelns

Der Bericht Nachhaltigkeit zeigt die übergeordneten Wirkungen des staatlichen Handelns auf; er ist eine Art Spiegel des staatlichen Handelns. Der Bericht enthält keine konkreten Massnahmenvorschläge. Die aufgezeichneten Defizite werden durch die zuständigen Departemente analysiert und der Handlungsbedarf wird im Rahmen der aufgabenbereichsbezogenen Ausrichtung festgelegt. Dieser Handlungsbedarf wird wiederum an den Kriterien der Nachhaltigkeit gespiegelt. Damit werden die Regierung und die Verwaltung in ihrer Handlungsweise auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet und ihre Entscheide werden am „Qualitätsstandard nachhaltige Entwicklung“ gemessen.

Eine zukünftige Fortschreibung des Berichtes wird Veränderungen und Defizite der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau aufzeigen und auf potentiellen Handlungsbedarf hinweisen.

1.3 Stellung des Berichts Nachhaltigkeit

Politische Entscheide von gestern und heute beeinflussen die Lebensqualität der Generationen von morgen. Stellvertretend für viele Beispiele seien die Landschaft im Reusstal und die Bewältigung der Mobilität im Limmattal genannt. Entlang der Reuss hat man ab den 1960-er Jahren auf den Bau von Kraftwerken verzichtet. Das Reusstal ist heute eine Landschaft von nationaler Bedeutung und gehört zu den attraktivsten Naherholungsräumen, die der Aargau zu bieten hat. Im Limmattal werden heute die Weichen für die Bewältigung der Mobilität im dichten Siedlungsraum gestellt. In einer gemeinsamen Planung mit dem Kanton Zürich konnte das Trasse für eine Stadtbahn festgelegt und durch die Richtplanung gesichert werden.

Entscheiden beeinflussen die Lebensqualität: zwei Beispiele

Der Kanton Aargau ist bei der Planung und Steuerung mit zahlreichen Zielkonflikten, Herausforderungen, Risiken und Chancen konfrontiert. In einer Gesamtschau sind langfristige und weitsichtige Entscheide eine Grundbedingung. Der Kanton Aargau implementiert die Grundsätze Wirkungsorientierung und Nachhaltigkeit beispielsweise in der Legislaturplanung.

Langfristige und weitsichtige Entscheide

Der Bericht Nachhaltigkeit ist ein Puzzlestein im Kreislauf von Planung, Umsetzung und Berichterstattung (Abbildung 2). Er liefert zusätzliche Angaben für die langfristige Ziel- und Wirkungskontrolle zur nachhaltigen Entwicklung. Mit den Instrumenten des Entwicklungsleitbilds, des Aufgaben- und Finanzplans und des Jahresberichts sowie den Planungsberichten und zusammen mit anderen Grundlegenden Dokumenten entsteht ein abgerundetes System für die Planung und Steuerung der Tätigkeiten des Kantons im Sinne der Nachhaltigkeit.

Bericht Nachhaltigkeit als Puzzlestein

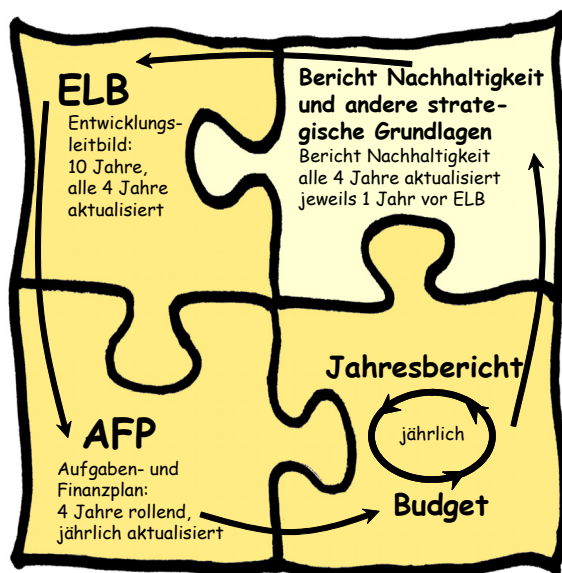


Abbildung 2: Nachhaltigkeit als Puzzlestein im System einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung.

2. Nachhaltige Entwicklung im Aargau

2.1 Nachhaltige Entwicklung messen

30 Schlüsselbereiche der nachhaltigen Entwicklung im Aargau
→ Anhang

Nachhaltige Entwicklung für den Aargau wird mit 30 Schlüsselbereichen und Indikatoren – je 10 pro Dimension Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – gemessen (Abbildung 3). Diese Schlüsselbereiche und Indikatoren sind ein erster Ansatz für den Kanton Aargau und werden weiterentwickelt.

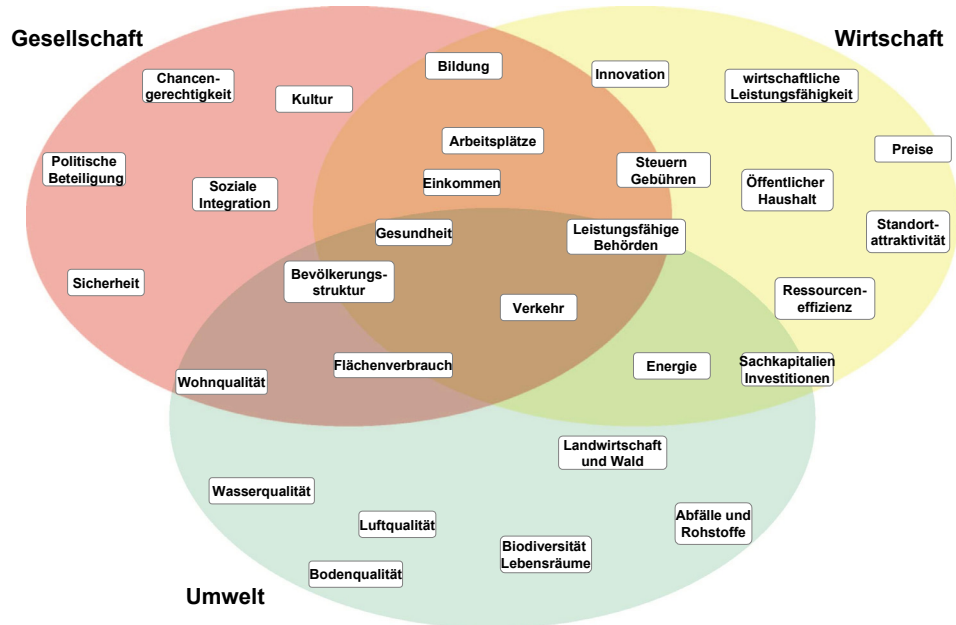


Abbildung 3: 30 Schlüsselbereiche einer nachhaltigen Entwicklung im Aargau.

Für jeden der 30 Schlüsselbereiche wird mit einem Postulat, einem Wirkungsziel und einem Indikator festgehalten, in welcher Richtung er sich entwickeln soll. Für den Schlüsselbereich „Luftqualität“ beispielsweise lautet das Postulat „Langfristig gesunde Luft für Menschen, Tiere und Pflanzen“. Als Indikator dient der aggregierte Luftqualitätsindex, der die Luftqualität pro Tag misst. Als mittelfristiges Ziel sollte die Luftqualität an keinem Tag schlecht sein, langfristig sollte sie an allen Tagen mindestens genügend sein. Im Anhang sind pro Schlüsselbereich und Indikator das Postulat, die mittel- und langfristigen Ziele, die erhobenen Datenwerte sowie eine kurze Interpretation der Datenwerte enthalten.

2.2 Messresultate

Aus den Datenwerten des Messsystems lässt sich ein Stärken-Schwächen-Profil zusammenstellen. Es zeigt in grafischer Form beispielhaft die Zielerreichung in den 30 Schlüsselbereichen (Abbildung 4).

Stärken-
Schwächen-Profil
Indikatoren

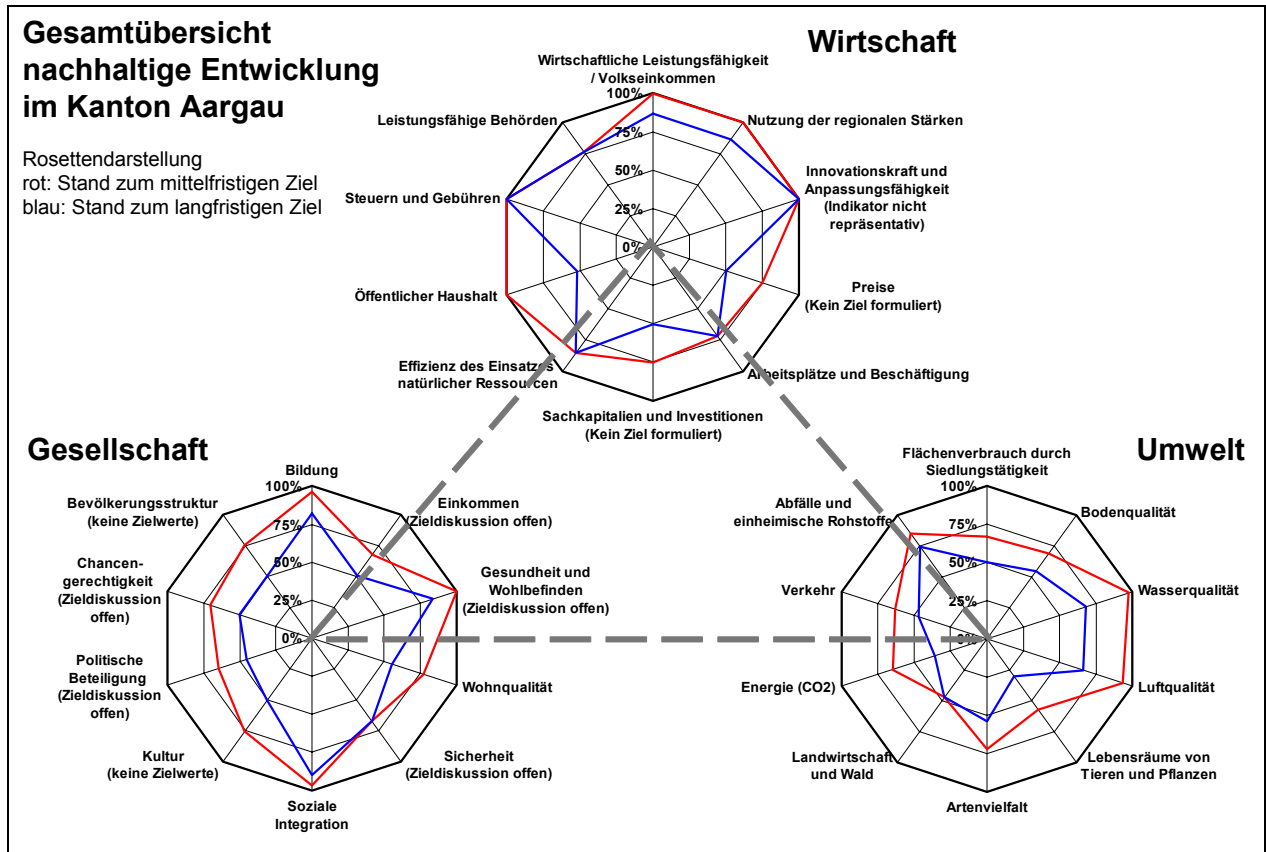


Abbildung 4: Stärken-Schwächen-Profil. Zielerreichung in 30 Schlüsselbereichen der nachhaltigen Entwicklung. Die Ziel- und Indikatorwerte beruhen auf den erstmaligen Bewertungen gemäss Anhang.

2.3 Der Aargau im Vergleich mit anderen Kantonen

Das Projekt „Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen“ – ein interkantonales Projekt mit Beteiligung des Bundes – misst und vergleicht erstmals die nachhaltige Entwicklung von Städten und Kantonen anhand von 30 Zielbereichen mit je einem Indikator. Diese Zielbereiche und Indikatoren weisen eine grosse Übereinstimmung mit den Schlüsselbereichen und Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung im Aargau auf. Die Schlüsselbereiche des Kantons Aargau unterscheiden sich hauptsächlich dort von den Zielbereichen des vorgenannten Projekts, wo der Kanton Aargau über bessere Indikatoren verfügt als die übrigen Kantone, beispielsweise mit dem Kesslerindex der Artenvielfalt.

→ Projekt Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen, 2003

Das „Benchmark-Profil“ zeigt den Vergleich des Kantons Aargau mit den am Projekt beteiligten Kantonen Basel-Landschaft, Zürich, Bern und Graubünden für das Stichjahr 2001. Die Indikatorwerte dieser Kantone werden auf einer Skala von 0 bis 10 indiziert (Nutzwertanalyse): Der beste Indikatorwert wird dem Wert 10, der schlechteste Indikatorwert dem Wert 0 zugeordnet. Dadurch wird je ein Feld aufgespannt, in dem sich die 5 Kantone positionieren (Abbildung 5).

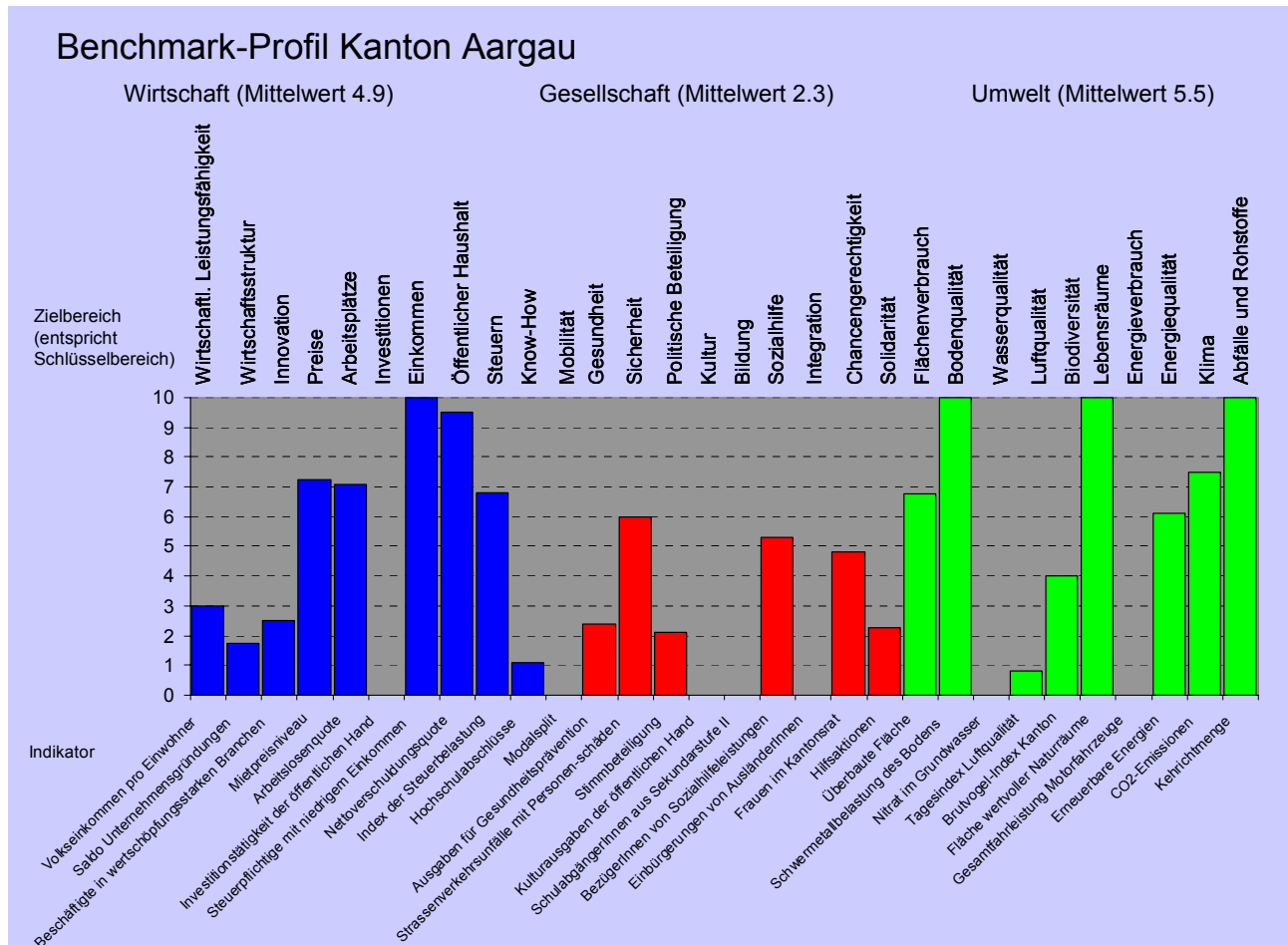


Abbildung 5: Benchmark-Profil des Kantons Aargau (Stichjahr 2001): 10 entspricht dem besten, 0 dem schlechtesten Indikatorwert der beteiligten Kantone. (Quelle: Kanton Aargau et al., novatlantis, 2003). Das Profil zeigt einen relativen Vergleich zwischen den beteiligten Kantonen. Die Stellung des Indikatorwertes zu einem politisch oder gesetzlich definierten Ziel ist aus dem Profil nicht ablesbar.

3. Äussere Einflüsse auf den Aargau

Der Kanton Aargau befindet sich in einem Feld von übergeordneten Entwicklungen, die er nicht direkt beeinflussen kann und denen er sich nicht entziehen kann. Die wichtigsten dieser äusseren Einflüsse sind im Folgenden skizziert.

Übergeordnete
Entwicklungen

3.1 Globalisierung

Aus einer globalen Perspektive betrachtet, stellen sich vier zentrale Herausforderungen für die Zukunft: Erstens die Bekämpfung von Hunger und Armut (UN Resolution 55/2: „Millenium Declaration“), zweitens eine verantwortliche Regierungsführung („Good Governance“), drittens die Entkopplung des Wirtschaftswachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen, und viertens das Öffnen der Märkte der Industrieländer für Produkte aus Entwicklungsländern. Die Schweiz – und damit auch der Aargau – ist von allen vier Faktoren betroffen: sei es als Teil der Ursache, sei es als Betroffener der Auswirkungen.

Globale Herausfor-
derungen

Die wirtschaftliche Globalisierung führt zu einer Zunahme des Standortwettbewerbs in vielen Sektoren: Kapital, Güter, Dienstleistungen und Personen werden über offene Grenzen hinweg international verteilt. In zunehmendem Masse beginnen auch die tendenziell immobilen Wirtschaftsfaktoren Dienstleistungen und Arbeitskräfte international zu wandern. Beispiele dafür sind Callcentres in Irland oder Softwarefirmen in Indien und die zunehmende Süd-Nord Migration.

Allokation von Res-
ourcen

Auf dem Weg zu einem globalisierten Wirtschaftssystem ist die Ordnungsmacht globaler Institutionen von grosser Bedeutung (UNO, WTO, IWF, etc.). Die Auswirkungen von Entscheiden dieser Organisationen können für verschiedene Sektoren der Schweizer Volkswirtschaft von grosser Bedeutung sein. In der laufenden Freihandelsrunde der WTO beispielsweise nimmt die Landwirtschaft und deren Protektion in den Industriestaaten eine zentrale Rolle ein:

Globale Institutio-
nen (UNO, WTO,
etc.)

„Im Jahr 2001 exportierten alle Entwicklungsländer weitgehend ohne Subventionen Agrarprodukte im Werte von 128 Milliarden US\$, während die 27 OECD-Staaten ihre Landwirtschaft mit 311 Milliarden US\$ subventionierten. Das landwirtschaftliche Einkommen in den OECD-Staaten wurde zu 31% aus Agrarsubventionen gedeckt.“ (Rat für nachhaltige Entwicklung Deutschland, 2003: 1).

Diese Ausgangslage gilt für die Schweiz in noch grösserem Masse als für den Durchschnitt der OECD-Staaten. Für die Schweizer Landwirtschaft ist deshalb ein massiver Abbau und Umbau der aktuellen Schutz- und Steuerungsmechanismen mit unabsehbaren Folgen auf die Form der Bewirtschaftung – und damit auch auf natürliche Lebensräume, Artenvielfalt und Landschaft – zu erwarten.

3.2 Europäische Integration

Bilaterale I	Auch ohne Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft wird die Integration aller Länder Europas – als Teil der Globalisierung – fortschreiten. Die Auswirkungen der 2002 in Kraft getretenen Bilateralen Verträge I zwischen der Schweiz und der EU zeigen deutliche wirtschaftliche Vorteile (Economie Suisse 2003). Die Bilateralen I umfassen folgende sieben Dossiers: Personenverkehr (Freizügigkeitsabkommen), Landverkehr, Luftverkehr, Forschung, Handel mit Agrarprodukten, öffentliches Beschaffungswesen und technische Handelshemmnisse.
Freizügigkeitsabkommen	Die Kantone begrüßten insbesondere das Abkommen über den freien Personenverkehr. Es bringt Vorteile für die Rekrutierung von Arbeitnehmenden und dämpft potenzielle Gefahren durch Übergangsfristen ab. Im Gegenzug ermöglicht es den Zugang für Schweizer Arbeitnehmende zu den Arbeitsmärkten in Mittel- und Osteuropa. Insgesamt wird eine Steigerung des Bruttoinlandproduktes BIP um 0.2% bis 0.5% erwartet (Integrationsbüro EDA/EVD, 2005).
Bilaterale II	Die Bilateralen Abkommen II mit der EU umfassen neun Dossiers: Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Statistik, Ruhegehälter, Umwelt(statistik), Media, Schengen/Dublin, Betrugsbekämpfung, Zinsbesteuerung, Bildung/Berufsbildung/Jugend. Die Verhandlungen wurden im Sommer 2004 abgeschlossen, und die Verträge müssen nun ratifiziert werden. In der Schweiz unterliegen die Abkommen dem fakultativen Staatsvertragsreferendum.
Nutzen und Kosten generell	Die Abkommen verbessern den Marktzugang für die Schweizer Nahrungsmittelindustrie, schaffen einen besseren Zugang zum schweizerischen Tourismusmarkt und sichern das Bankgeheimnis. Sie bringen andererseits weniger Zolleinnahmen auf Landwirtschaftsprodukte, einen Steuerrückbehalt bei der Zinsbesteuerung und finanzielle Beiträge an verschiedene EU-Programme.
„Schengen“ und „Dublin“	Die Verträge „Schengen“ und „Dublin“ regeln die Zusammenarbeit im Sicherheits- und im Asylbereich. Als Vorteile gelten die Aufhebung systematischer Personenkontrollen, der Anschluss an das Schengener Informationssystem für europaweite Fahndungen und die Verhinderung von Zweitgesuchen von Asylbewerbern (zurzeit ist in der Schweiz ca. jedes fünfte Gesuch ein Zweitgesuch). Zudem entfällt der „negative Wettbewerb“ um die Verschärfung der nationalen Asylgesetzgebungen. Diesen Vorteilen steht ein Nachteil gegenüber: Die Schweiz hat im Schengen/Dublin-System nur ein „gestaltendes Mitspracherecht“ aber kein Mitentscheidungsrecht. Dies bedeutet, dass die Schweiz praktisch alle Änderungen des EU-Rechts in diesem Bereich innert zwei Jahren nachvollziehen muss, weil sonst das Abkommen automatisch beendet wird. Ausserdem sind die Auswirkungen des Abkommens auf die kantonalen Gesetzgebungen nicht vollständig bekannt.
EU-Osterweiterung	Mit der Osterweiterung gewinnt die EU für die Schweiz an Bedeutung. Es öffnen sich neue Absatz- und Produktionsstandorte. Zugleich wird der bilaterale Weg der Schweiz schwieriger, weil die EU-internen Konsultations- und Entscheidungsverfahren aufwändiger werden und mehr einzelstaatliche Interessen zu berücksichtigen sind.

3.3 Demographische Entwicklung

Gemäss den Szenarien des Bundesamtes für Statistik wird sich die Wohnbevölkerung der Schweiz wie folgt entwickeln: Trend-Szenario

- Die Bevölkerung der Schweiz wird bis 2030 noch leicht ansteigen und bis 2060 unter den heutigen Wert sinken.
- Bis 2060 wird es 11% weniger „Junge“ (unter 65-Jährige) aber 54% mehr „Alte“ (über 65-Jährige) geben.
- Ab 2035 ist jede vierte Person in der Schweiz über 65 Jahre alt.
- Stark vereinfacht ausgedrückt arbeiten heute vier Personen je Rentner, um 2035 werden es nur noch zwei sein.
- Ab 2015 wird sich die Erwerbsbevölkerung verringern, bis 2060 um rund 9%.

(Szenario „Trend“ 2000-2060, Prognose Bundesamt für Statistik BFS 2001; die Abbildungen 6, 7 und 8 illustrieren die Kernaussagen.)

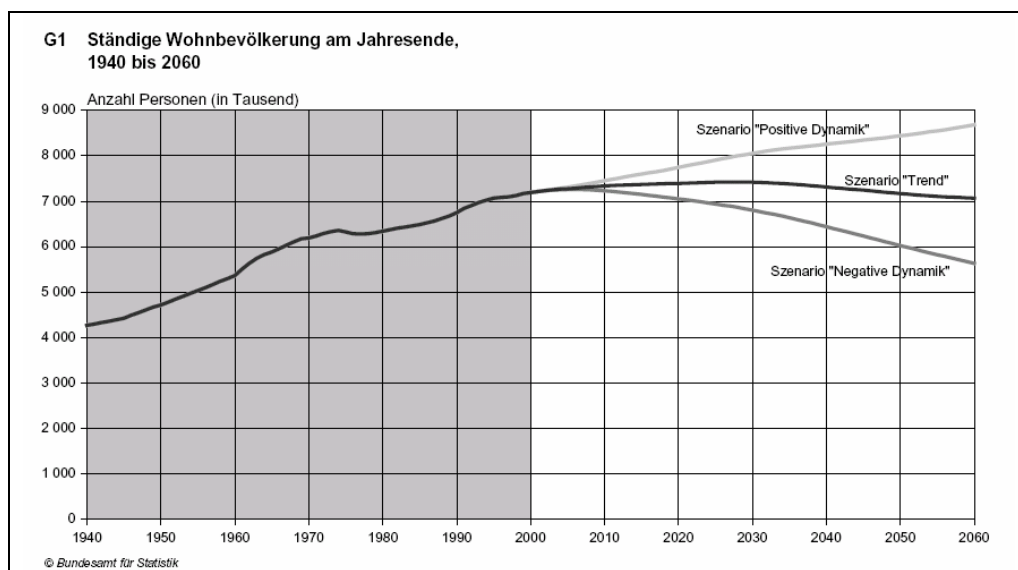


Abbildung 6: Ständige Wohnbevölkerung 1940 bis 2060 (Quelle: Bundesamt für Statistik, 2001)

Diese demographische Entwicklung hat Auswirkungen auf verschiedene Bereiche, welche im Folgenden kurz beschrieben werden (nach: CS, 2001).

Bei der Altersvorsorge ist insbesondere die AHV betroffen, die im Umlageverfahren finanziert wird. Die private Vorsorge muss bei der Kapitalbildung längere Lebenserwartungen berücksichtigen. Altersvorsorge

Wenn die Nachkriegsgeneration („Baby Boomers“) ab 2010 in Rente geht, wird die Erwerbsbevölkerung der Schweiz langsam abnehmen. Dies führt zu einer Verminderung der Wirtschaftsleistung, die unter anderem an die geleisteten Arbeitsstunden geknüpft ist, sofern nicht die Arbeitsproduktivität im selben Masse zunimmt. Die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften sinkt, der Anteil älterer Arbeitskräfte steigt. Arbeitsmarkt

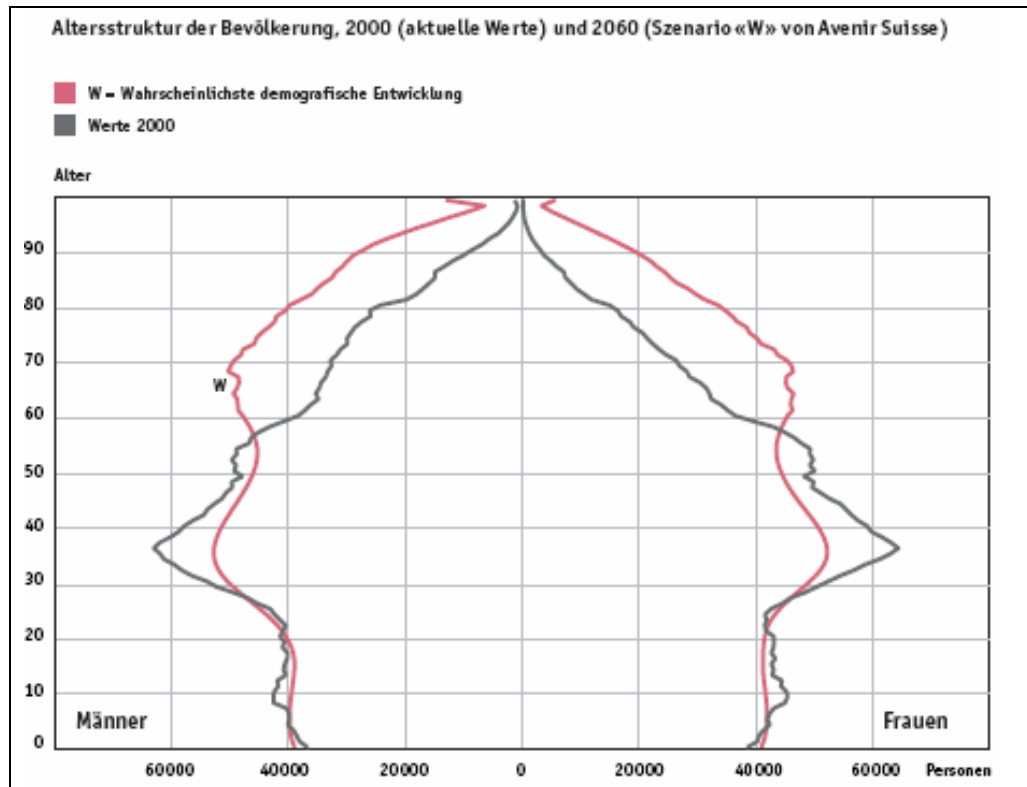


Abbildung 7: Altersstruktur der Bevölkerung 2000 und 2060 (Quelle: Bundesamt für Statistik 2001/ die Volkswirtschaft 3/2002)

Öffentlicher Haushalt

Da die Altersvorsorge in der Schweiz relativ stark auf der privaten Vorsorge mit Sparkapital beruht, trifft die Alterung der Gesellschaft den Staat weniger stark als dies in den umliegenden Ländern der Fall ist. Dennoch wird das Vorsorgesystem mehr Geld benötigen, um die Verpflichtungen einzulösen.

Finanzmärkte

Für die Finanzmärkte bedeutet die Alterung der Gesellschaft eine zusätzliche Nachfrage nach Finanzdienstleistungen (z.B. Lebensversicherungen), zumal zurzeit rund die Hälfte der Vermögen in der Schweiz bei Rentnern akkumuliert sind und in den nächsten Jahren vererbt werden. Unklar sind die Auswirkungen auf den Aktien- und den Immobilienmarkt, bei denen möglicherweise ein grösseres Angebot keine entsprechende Nachfrage finden wird.

Wirtschaftswachstum

Die Alterung der Gesellschaft hat verschiedene negative Auswirkungen auf die Wirtschaft: Rückgang der Arbeitsleistung, Arbeitskräftemangel, Inflationsrisiko (importierte Inflation aus Ländern, die Rentenansprüche durch eine Ausweitung der Geldmenge decken), höhere Realzinsen und ein generell geringeres Wirtschaftswachstum. Diesen negativen Effekten stehen positive Faktoren gegenüber, vor allem das höhere Konsumpotenzial der älteren Generationen. Dadurch wird offensichtlich, dass sich die Wirtschaft stärker auf ältere Menschen ausrichten muss (Arbeitskräfte und Konsum).

Gesundheitswesen

Die Gesundheitskosten steigen im Individualfall nicht durch das zunehmende Alter, sondern sind abhängig von der Nähe zum Tod, denn die grössten Gesundheitskosten fallen im letzten Lebensjahr an. Insgesamt

werden die Gesundheitskosten jedoch weiter steigen, nicht zuletzt deshalb, weil mehr Personen pflegebedürftig sein werden.

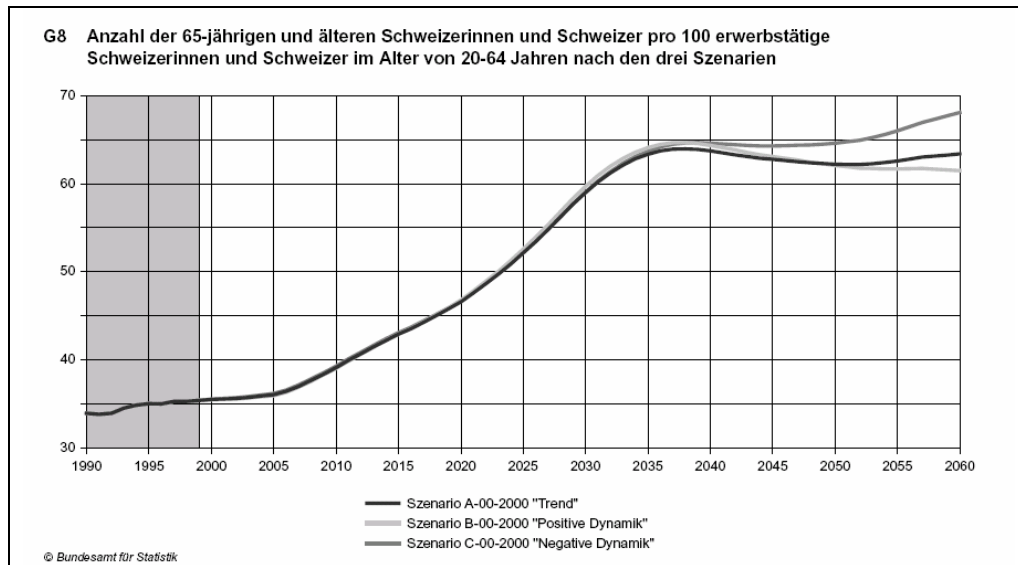


Abbildung 8: Anzahl der über 65-Jährigen pro 100 erwerbstätigen Schweizerinnen und Schweizer 2000 - 2060 (Quelle: Bundesamt für Statistik, 2001)

Mit der Alterung der Gesellschaft steigt auch das Durchschnittsalter der Wählerschaft. Ob und wie sich dies auf politische Entscheide auswirken wird, ist ungewiss, denn die politische Einstellung ist sowohl vom Alter als auch von der Sozialisierung in der Jugend abhängig.

Politik

3.4 Technologie und Gesellschaft

Nicht zuletzt die technologische Entwicklung – vor allem Mobilität und Kommunikation – haben die tief greifende Veränderung des Wertesystems mitgeprägt.

Wissen und Information gehören zu den wenigen Ressourcen, die unbeschränkt zunehmen können. Sie werden immer wichtiger, zumal sich die Komplexität vieler Aufgaben erhöht und die Kommunikation anspruchsvoller wird. Neue Medien und Kommunikationsmittel verstärken diesen Trend. Erworbenes Wissen veraltet rascher. Dadurch nehmen beispielsweise die Anforderungen an die Arbeitnehmer und an berufliche Aus- und Weiterbildung zu.

Informations- und Wissensgesellschaft

Das traditionelle gesellschaftliche Wertesystem löst sich zusehends auf. An seine Stelle tritt ein „Pluralismus“ von Wertesystemen. So kann nicht mehr von einem „Standard-Lebentwurf“ ausgegangen werden, sondern verschiedene Lebentwürfe bestehen gleichwertig nebeneinander, von denen keiner benachteiligt werden soll. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die zunehmenden finanziellen, technischen und zeitlichen Möglichkeiten verändern die Lebensgewohnheiten

Wertewandel in der Gesellschaft, Änderung der Lebensgewohnheiten

und fördern die gesellschaftliche Mobilität, sie haben aber auch das Bedürfnis nach einfachen Orientierungsmustern verstärkt.

Politik und Staatsverständnis

Die politische Diskussion in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren verschärft. Kernthema dieser zunehmend polarisierten Diskussion ist die Finanzierung staatlicher Leistungen. Der Forderung nach einer Reduktion der Staatsquote steht hier eine gestiegene Anspruchshaltung an den Staat gegenüber.

3.5 Variable Geometrie

Kooperation und Lastenausgleich

Durch das Wachstum der Siedlungsräume stimmen die politisch-administrativen Entscheidungsräume (Kantone und Gemeinden) immer weniger mit den Problemräumen (z.B. Agglomerationen) überein. Die Notwendigkeit von Kooperationen und Lastenausgleich steigt.

Mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) wird dieser variablen Geometrie Rechnung getragen. Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen werden neu geregelt, und die Zusammenarbeit auch unter den Kantonen wird gestärkt. Finanzschwächere Kantone werden durch die finanzstärkeren unterstützt und Sonderlasten (Berggebiet, Kernstädte) werden teilweise abgegolten.

Eine analoge Entflechtung der Zuständigkeiten und Finanzströme erfolgt auch zwischen dem Kanton und den Gemeinden mit der Neuregelung der Aufgabenteilung.

4. Innere Herausforderung in sechs Themenfeldern

Die Schlüsselbereiche einer nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau zeigen eine vernetzte Themenlandschaft, ein Wirkungsgefüge (Abb. 9, 10).

Umfeldentwicklungen und Themenfelder

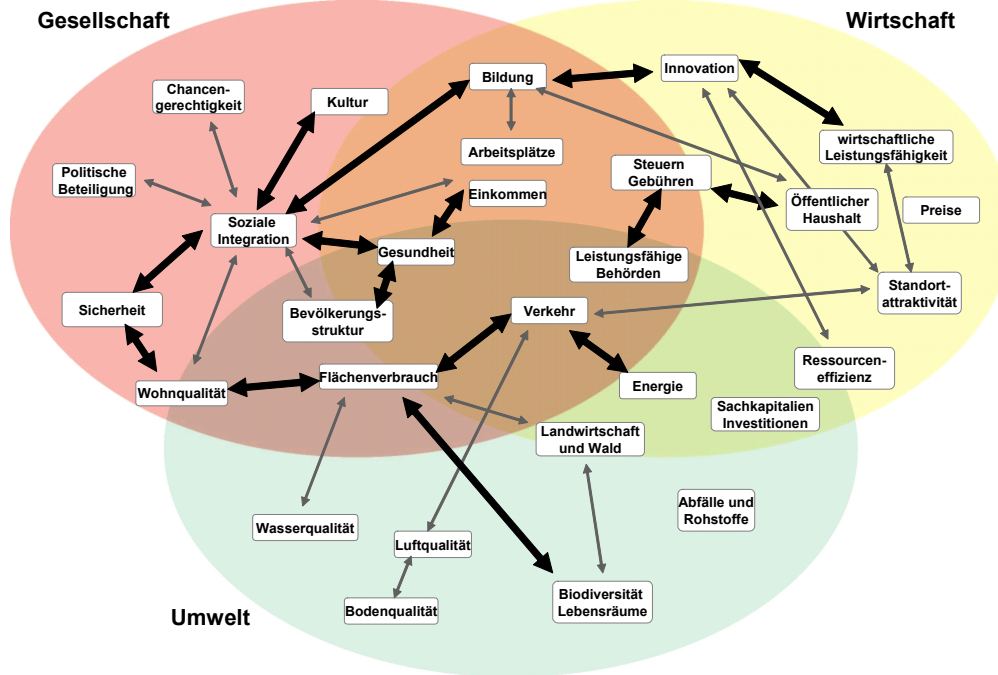


Abbildung 9: Vernetzung der Schlüsselbereiche, ausgewählte Verknüpfungen

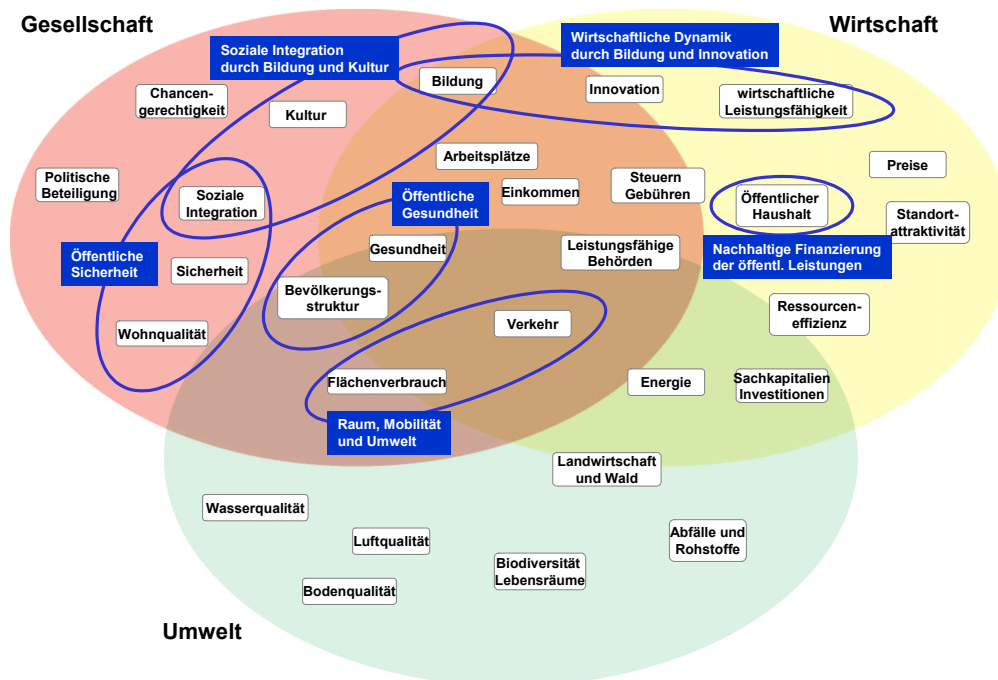


Abbildung 10: Themenfelder einer nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau.

Aus dem Wirkungsgefüge werden sechs schlüsselbereichsübergreifende Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau evaluiert. Diese Herausforderungen basieren hauptsächlich auf Umfeldentwicklungen und auf bestehende Stärken und Schwächen sowie zukünftige Chancen und Risiken.

Sechse Themenfelder

Die sechs Themenfelder für eine nachhaltige Entwicklung im Aargau sind:

- Wirtschaftliche Dynamik durch Bildung und Innovation
- Soziale Integration durch Bildung und Kultur
- Öffentliche Sicherheit
- Öffentliche Gesundheit
- Raum-Mobilität-Umwelt
- Nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Leistungen.

Diese Themenfelder werden in den folgenden Kapiteln (4.1 bis 4.6) vertieft diskutiert.

4.1 Wirtschaftliche Dynamik durch Bildung und Innovation

Beitrag des Themenfelds zu einer nachhaltigen Entwicklung

Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft, welche auf Wissen basiert, bedingt eine stete technische und gesellschaftliche Erneuerung. Wissen, Innovation und Wertschöpfung hängen eng zusammen, wie aktuelle Analysen im Zusammenhang mit der Wachstumsschwäche in der Schweiz oder der Standortattraktivität der Wirtschaftsstandorte Zürich und Aargau zeigen (Der Wachstumsbericht, seco, 2003. Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich 2003, GZA, 2003). Auch gesellschaftliche Bereiche wie die Gesundheitspolitik oder die Bildungspolitik stehen vor besonderen Herausforderungen, welche nur durch grundlegende Reformen oder gesellschaftliche Innovation gemeistert werden können (vgl. Themenfelder *Öffentliche Gesundheit* und *Soziale Integration*). Innovationen brauchen deshalb sowohl Wissen und Forschung in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen (z.B. Nanotechnologie oder Biowissenschaften), als auch in gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Pädagogik, Chancengerechtigkeit, soziale Integration). Voraussetzung für die Entwicklung eines tragfähigen Wissens- und Innovationssystems in allen Berufsgattungen ist ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem auf Volks- und Mittelschulstufe.

Innovation als Grundlage für Wachstum

Wachstum ist seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts an einen steigenden Energie- und Ressourcenverbrauch geknüpft. Wachstum und Ressourcenverbrauch müssen mit einer markanten Steigerung der Ressourceneffizienz voneinander entkoppelt werden. Als weiteres Beispiel unerwünschter Auswirkungen des Wachstums sei der Medizinalbereich erwähnt, wo Innovationen kostentreibend im Gesundheitswesen wirken. Im Folgenden wird die Diskussion für oder wider das Wirtschaftswachstum nicht aufgenommen, sondern versucht, vom heutigen Stand aus einen Blick auf die zukünftigen Herausforderungen zu werfen.

Unerwünschte Auswirkungen

Defizite und Handlungsbedarf

Der Aargau verfügt über starke traditionelle Wirtschaftszweige auf hohem technologischen Niveau (Bsp. Chemie- und Pharmaindustrie, Maschinen- und Elektroindustrie). Als Hochlohnregion muss der Aargau (wie die gesamte Schweiz) sich darauf konzentrieren, im laufenden technologischen Innovationsprozess einen Vorsprung halten zu können.

Technologiesprung zu neuen Hochtechnologien

Angesichts des sich zurzeit abspielenden Technologiesprungs zu den neuen Hochtechnologien Informations-Technologie, Nanotechnologie und Biowissenschaften stellt sich die Frage, ob die Wirtschaft im Kanton Aargau die daraus entstehenden Innovationsimpulse aufnehmen kann. Diese Frage stellt sich umso schärfer, als die neuen Technologien wissens- und forschungsintensiv sind. Unter anderem muss deshalb die kantonale Fachhochschulpolitik dazu beitragen, dass die Wirtschaft des Kantons den Anschluss an die sich entwickelnden Hochtechnologien halten kann.

In Abbildung 11 sind die Ausgaben im Fachhochschulbereich im Vergleich mit anderen Kantonen dargestellt. Alle dargestellten Kantone sind Träger von Fachhochschulen. Bern, Zürich und Basel sind zudem Träger von Volluniversitäten, St. Gallen und Luzern sind Träger von Universitäten mit Teilangebot.

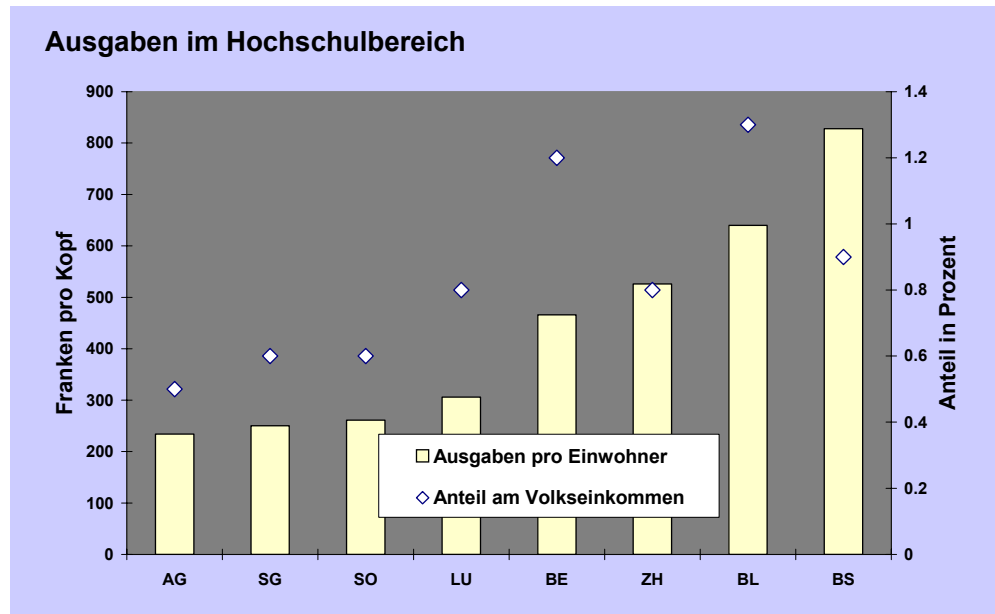


Abbildung 11: Ausgaben im Hochschulbereich Kanton Aargau im Jahr 2002 im Vergleich mit anderen Kantonen. Alle Kantone sind Träger von Fachhochschulen. Bern, Zürich und Basel-Stadt sind zudem Träger von Universitäten, St. Gallen und Luzern Träger von Universitäten mit Teilangebot. (Quelle: Departement für Bildung, Kultur und Sport Kanton Aargau)

Ökonomische Erträge aus Forschung und Entwicklung

Die Schweiz und der Kanton Aargau stehen vor dem scheinbaren Widerspruch, dass trotz Höchstleistungen in der Forschung von der Wissenschaft wenig Impulse auf das Wirtschaftswachstum übergehen (Ein Innovationsmarkt für Wissen und Technologie, Zinkl et al. 2003). Die Transformation von wissenschaftlichen und technischen Entdeckungen in ökonomische Erträge ist deshalb von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik. Aus kantonaler Sicht müssen die Rahmenbedingungen so optimiert werden, dass ein Wissens- und Technologietransfer von Fachhochschulen und Forschungsinstituten (z.B. PSI) zur Wirtschaft stattfinden kann.

Wirtschaftliche Dynamik, Jungunternehmen

Im Kanton Aargau wurden in den letzten zwei Jahrzehnten, mit Ausnahme der Jahre 1999 bis 2000, im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich viele Unternehmungen gegründet. Neugründungen von innovativen Unternehmen sind für das Gedeihen der Wirtschaft und eine nachhaltige Sicherung des Wachstums von grosser Bedeutung. Die durch den Kanton beeinflussbaren Rahmenbedingungen für Jungunternehmen müssen weiter optimiert werden, so dass vermehrt neue Unternehmen entstehen können. Die Rahmenbedingungen umfassen beispielsweise Finanzierungsmöglichkeiten, spezifische steuerliche Anreize oder die „Begleitung“ von Jungunternehmen, das so genannte Mentoring.

In Abbildung 12 ist das Volkseinkommen pro Kopf im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt aufgezeichnet. Der Kanton Aargau lag Ende der 90er Jahre leicht unter dem schweizerischen Durchschnitt und nimmt im interkantonalen Vergleich einen Platz im Mittelfeld ein.

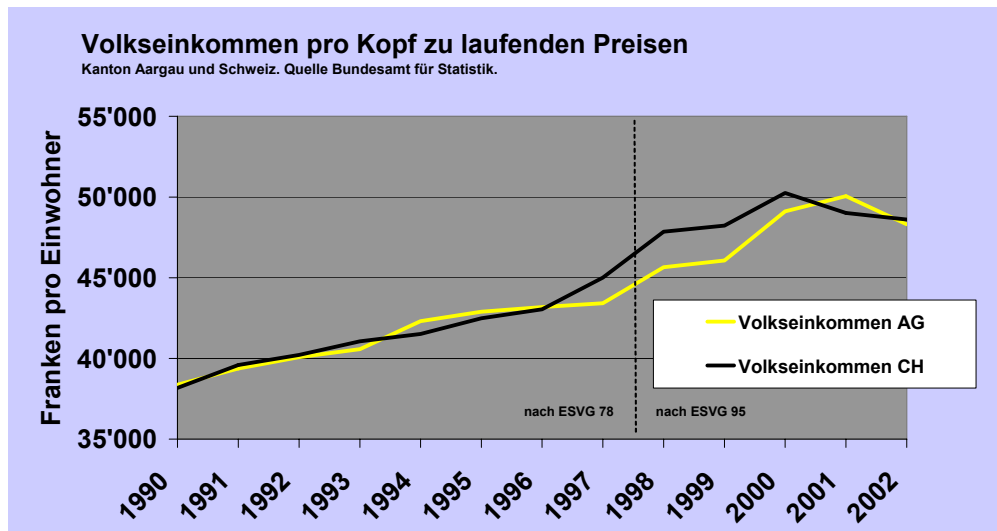


Abbildung 12: Entwicklung des Volkseinkommens Kanton Aargau im Vergleich mit dem schweizerischen Durchschnitt

Der Kanton Aargau erstellt zur Zeit eine Strategie Wirtschaftsentwicklung, in der die Entwicklung der wirtschaftsrelevanten Komponenten des staatlichen Aufgabenportfolios miteinander verknüpft werden.

→ Strategie Wirtschaftspolitik Kanton Aargau

Eine Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik kann durch eine Aargauer Innovationspolitik an der Schnittstelle Forschung – Wirtschaft erreicht werden. Kernpunkte einer Innovationspolitik könnten sein:

Ansatz Hochtechnologien – Technologietransfer – Rahmenbedingungen

- den Anschluss des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Aargau an die Hochtechnologien (Informations-Technologie, Nanotechnologie und Biowissenschaften) langfristig gewährleisten,
- den Transfer von Wissen in ökonomische Erträge verbessern,
- die Rahmenbedingungen für Jungunternehmen verbessern.

Zurzeit wird die Hochschulpolitik in der Nordwestschweiz neu ausgerichtet: Die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn haben einen Staatsvertrag zur Schaffung der FH Nordwestschweiz abgeschlossen und die Verteilung der Fachbereiche festgelegt. Weitere Weichenstellungen stehen an in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Paul Scherrer Institut PSI und mit der Uni Basel. Die fachlichen Schwerpunkte und Entwicklungsziele der FHNW könnten im Dialog mit der Wirtschaft festgelegt werden, um den Transfer von Wissen von den Fachhochschulen in die Privatwirtschaft zu verbessern.

Neuausrichtung (Fach)Hochschul-landschaft

Der Kanton Aargau betreibt entsprechend der Strategie Aussenbeziehungen eine aktive interkantonale und internationale Zusammenarbeit nach dem Prinzip der variablen Geometrie. Der Kanton Aargau ist wirtschaftlich eng verknüpft mit den benachbarten Wirtschaftszentren Zürich, Basel und Zug.

→ Strategie Aussenbeziehungen Kanton Aargau

4.2 Soziale Integration durch Bildung und Kultur

Beitrag des Themenfelds zu einer nachhaltigen Entwicklung

Grundlage für langfristig funktionierendes Zusammenleben

Moderne Gesellschaften weisen einen hohen Grad an Mobilität und Pluralität auf. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist dadurch Belastungen ausgesetzt, die aufgefangen werden müssen. Eine Schlüsselstellung kommt der mit vielen Feldern vernetzten sozialen Integration zu. Über sie wird das langfristig funktionierende Zusammenleben gefördert und das Potenzial der Menschen aus verschiedenen Altersgruppen, sozialen Schichten und Ethnien, die heute und zukünftig im Aargau wohnen und arbeiten, erhalten und vermehrt. Als Einwanderungskanton für Zuzüger aus dem In- und Ausland eröffnen sich dem Kanton Aargau in diesem Punkt besondere Chancen. Er ist aber auch besonders gefordert.

→ Konzept „Integration der ausländischen Bevölkerung“

Soziale Integration wird durch mehrere Schlüsselbereiche einer nachhaltigen Entwicklung beeinflusst: Bildung und Kultur, Arbeit und Beschäftigung, Einkommen, Gesundheit, usw.. Im Integrationskonzept, das unter Federführung des Amtes für Migration erarbeitet wurde, sind mehrere dieser Einflussfaktoren systematisch zusammengestellt. Im Folgenden liegt der Fokus auf dem Beitrag von Bildung und Kultur zur sozialen Integration. Ergänzend zu den spezifischen Massnahmen, die im Integrationskonzept genannt sind, können Bildung und Kultur für die ökonomische, arbeitsmarktliche Integration und für die gesellschaftliche Integration präventiv und langfristig einen grossen Beitrag leisten. Bildung umfasst neben der schulischen und beruflichen Grundausbildung auch die Aus- und Weiterbildung im Erwachsenenalter. Kultur wird in einem breiten Sinne verstanden als die „...Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte (...), die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schliesst nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.“ (Weltkonferenz über Kulturpolitik in Mexiko-Stadt: Schlussbericht der UNESCO 1982)

Bildung und Kultur als zentrale Steuerungsgrössen

Bildung und Kultur können zum Gelingen des Integrationsprozesses massgeblich beitragen: Via Qualifikation, Selektion, Sozialisation und Enkulturation¹ wird eine Basis dafür gelegt, dass Menschen ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Aus Sicht des Individuums bedeutet dies unter anderem Lebensqualität, Wohlbefinden und Arbeitsmarktfähigkeit. Für den Kanton ergibt sich daraus beispielsweise eine hohe Standortattraktivität, wirtschaftliches Wachstum und eine gezielte Vermeidung von Folgekosten in den Bereichen Gesundheit, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe.

¹ Enkulturation ist die Gesamtheit der bewussten und unbewussten Prozesse, durch die ein Individuum die grundlegenden Elemente der Kultur (Traditionen, Werte und Normen), in der es lebt, erkennt, aufnimmt und verinnerlicht. Dadurch wird der einzelne Mensch zum aktiven Mitglied und Gestalter seines kulturellen Umfelds.

Defizite und Handlungsbedarf

Die vorliegenden gesellschaftlichen Daten deuten darauf hin, dass die soziale Integration im Kanton Aargau im Vergleich mit der gesamten Schweiz und anderen Kantonen gut funktioniert. Den Stand zu halten erfordert allerdings aus ökonomischen und gesellschaftlichen Gründen verstärkte Anstrengungen. Die Langzeitarbeitslosigkeit, welche ein Indikator für die arbeitsmarktliche Integration ist, liegt unter dem schweizerischen Durchschnitt, nimmt aber zu. Der Anteil der Bevölkerung mit Vertrauensperson ist hoch (Abbildungen 13 und 14). Beide Indikatoren können vom Staat nur teilweise beeinflusst werden. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 5.1% im schweizerischen Durchschnitt.

Soziale Integration erhalten unter zunehmend erschwerten Bedingungen

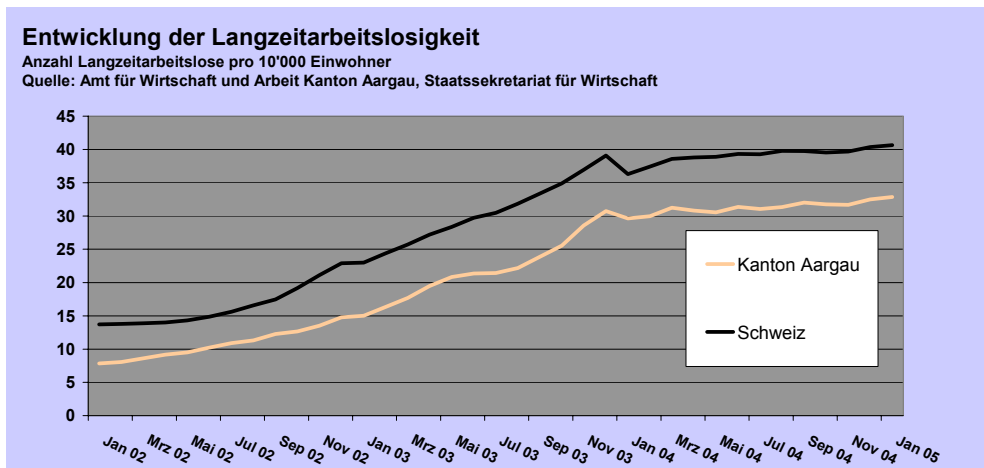


Abbildung 13: Langzeitarbeitslose (Quelle: Amt für Wirtschaft und Arbeit)



Abbildung 14: Anteil Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Aargau, die angeben, über ein Vertrauensperson zu verfügen. (Quelle: Gesundheitsbefragung, Bundesamt für Statistik)

Neben dem verstärkten Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt sowie den gesellschaftlichen Veränderungen zu mehr Individualismus und einer Wertevielfalt, welche die soziale Integration in der gesamten Schweiz herausfordern, kann das Wachstum benachbarter Agglomerationen die soziale Integration einkommensschwacher und ausländischer Bevölkerungsgruppen im Aargau erschweren. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich die Bevölkerung in Quartieren mit tiefer Lebensqualität einseitig entwickelt und soziale Schichten räumlich getrennt werden.

Bei der Sicherung der sozialen Integration kann der Kanton Aargau auf den Stärken des Aargauer Bildungs- und Kulturwesens aufbauen; er muss aber auch dessen Schwächen überwinden.

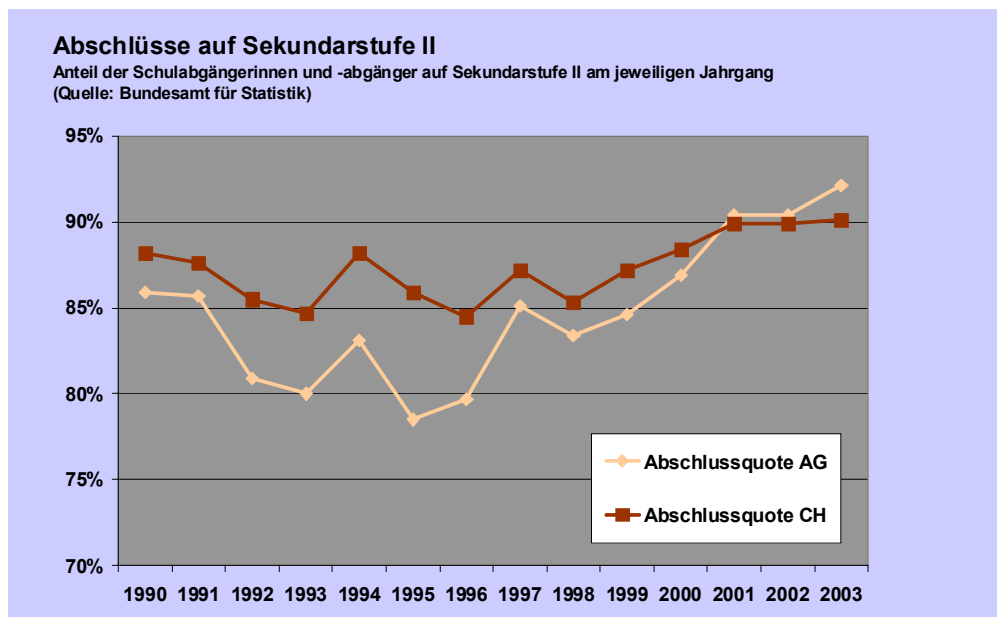


Abbildung 15: Anteil Schulabgänger und -abgängerinnen mit Abschluss auf Sekundarstufe II im Verhältnis zur Altersgruppe (Quelle: Bundesamt für Statistik)

Schulische Integration statt Aussonderung

Handlungsbedarf besteht vor allem in folgenden Bereichen:

- Zu viele Personen besitzen heute keinen ersten schulischen und beruflichen Abschluss, auch wenn sich die Abschlussquoten im letzten Jahr stark verbessert haben (Abbildung 15). Jugendliche aus Familien mit tieferem sozio-ökonomischen Status und vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund bleiben überdurchschnittlich oft ohne ersten schulischen oder beruflichen Abschluss (Bundesamt für Statistik, 2004).
- Zu viele Kinder und Jugendliche mit besonderen schulischen Bedürfnissen werden aus Regelklassen ausgesondert. Defizite bestehen auch bei der Frühförderung von Kindern im Alter von 2 bis 5 Jahren, welche für die Integration von Fremdsprachigen wichtig wäre.
- Die fachliche und überfachliche Qualifikation – einschliesslich der Fähigkeit zum lebenslangen Lernen – muss gestärkt werden, so

dass sich alle Personen im Privat- und Berufsleben bewähren können.

- Das Bildungspotenzial im Kanton kann besser genutzt werden durch eine verstärkte Begabtenförderung, eine bessere Erschliessung des Bildungspotenzials der Frauen und eine erhöhte Quote der Hochschulabsolvierenden. Die Möglichkeiten, im Erwachsenenalter Aus- und Weiterbildungen zu besuchen und Bildungsabschlüsse zu erlangen, können optimiert werden.
- Die Identifikation mit dem Wohnkanton und der kulturelle Austausch sollen verstärkt werden.

Bestehendes Potenzial besser nutzen

Soziale Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei deren Bewältigung verschiedene kantonale Teilpolitiken gefordert sind. Eine gemeinsame Stossrichtung über verschiedene kantonale Aufgabenbereiche, Behörden und Ämter hinweg ist ein Ansatz dafür. Im Konzept zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern wird vorgeschlagen, die Integrationsmassnahmen und die betroffenen verwaltungsinternen und externen Fachstellen und Institutionen effizienter zu koordinieren. Auch in den Feldern Bildung und Kultur sollen die bestehenden Synergien genutzt werden.

Soziale Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

→ Konzept Integration der ausländischen Bevölkerung

Um das Ziel der sozialen Integration aller Bevölkerungsteile im Aargau auf breiter Basis zu verfolgen und zu realisieren, sind in den Feldern Bildung und Kultur folgende Zielvorgaben interagierend zu bearbeiten:

Strategische Stossrichtung Bildung und Kultur

- Alle Gesellschaftsmitglieder sollen eine ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechende Förderung der fachlichen und sozialen Kompetenzen erhalten.
- Diese Förderung bedeutet, dass Lernende mit unterschiedlichsten Voraussetzungen (intellektuelle, kulturelle, soziale, ökonomische etc.) eine fachliche und überfachliche Qualifikation in den Aargauer Bildungsinstitutionen erwerben. Sie sollen Selbstverantwortung übernehmen und sich die Fähigkeit des lebenslangen Lernens aneignen.
- Die Förderung beinhaltet auch, dass das Wissen und der Wissenstransfer durch das ganze Bildungssystem hindurch systematisch und dem Leistungsgedanken verpflichtet gepflegt werden, da ansonsten eine sichere Basis für Innovation im sozialen und im ökonomischen Bereich fehlt.
- Die genannte Förderung verlangt des Weiteren, dass der kulturelle Austausch gezielt unterstützt und das kreative Potenzial der Bevölkerung umfassend genutzt wird. Hierzu ist die Vermittlung und Pflege des kulturellen Erbes und Schaffens kontinuierlich anzugehen.
- Es bedarf zudem der Zusammenarbeit mit Fachstellen, die für die Integration besonders betroffener Bevölkerungsgruppen zuständig sind, wie das Arbeitsamt, das Migrationsamt und der kantonale Sozialdienst.

Die oben genannten Ziele im Themenfeld Bildung und Kultur werden unterstützt durch die laufenden und geplanten Projekte zur fachlichen und überfachlichen Qualifikation und durch eine Stärkung der Kulturvermittlung. Zu prüfen ist zudem eine Bündelung der kantonalen Anstrengungen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung und des lebenslangen Lernens.

Handlungsansätze im Themenfeld Bildung und Kultur

4.3 Öffentliche Sicherheit

Beitrag des Themenfelds zu einer nachhaltigen Entwicklung

Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt

Die öffentliche Sicherheit gehört zu den Faktoren mit höchster Priorität für die Wahrung der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner im Aargau und beeinflusst auch die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes. Sie trägt wesentlich zur Standortattraktivität im Kanton Aargau bei. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und bestimmt seine Glaubwürdigkeit.

Zukunftsorientierte Sicherheitspolitik

Die subjektiv empfundene Sicherheit und das objektive Ausmass der Sicherheit werden durch das Ausmass und die Qualität der polizeilichen Arbeit, wie auch durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeldentwicklungen mit zum Teil hohem Risikopotenzial beeinflusst wie: Globalisierung, internationale Wanderungsbewegungen, Wertewandel in der Gesellschaft, Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt oder auch Aspekte der Stadtplanung und Siedlungsentwicklung. Eine zukunftsorientierte Sicherheitspolitik berücksichtigt deshalb neben der kurzfristigen Interventionsfähigkeit der Polizei auch diese langfristigen Einflüsse. Sie muss deshalb fächer- und politikübergreifend angelegt sein.

Verfassung

Eine solche Sicherheitspolitik – Schutz von Leben, Freiheit, Gesundheit, Eigentum und Sittlichkeit – ist gemäss Verfassung gemeinsame Aufgabe von Gemeinden und Kanton.

Defizite und Handlungsbedarf

Gesamtgesellschaftliche und bereichsübergreifende Aufgabe

Das Gut Sicherheit wird durch verschiedene Schlüsselbereiche der Nachhaltigen Entwicklung beeinflusst: Bildung, soziale Integration, Arbeit und Beschäftigung, Einkommen, Siedlungsentwicklung. Alle Anstrengungen in diesen Themenfeldern tragen dazu bei, öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Im Folgenden liegt der Fokus bei der Polizei.

Bevölkerungsumfrage zur Sicherheit

Anlässlich der Bevölkerungsumfrage 2001 wurden im Kanton Aargau erstmals repräsentative Einschätzungen der Wohnbevölkerung zum Thema Sicherheit erhoben (Abbildung 16).

- 94% der Bevölkerung fühlen sich sicher, gesamtschweizerisch sind es bloss 74%.
- Für 17% der Bevölkerung hat die Sicherheit in der eigenen Wohngemeinde in den vergangenen fünf Jahren abgenommen.
- 50% der Bevölkerung können sich vorstellen, selbst Opfer einer Straftat wie Diebstahl, Sachbeschädigung, Einbruch in Wohnung und Haus, Anpöbeleien etc. zu werden.
- Mehr als ein Drittel der Aargauerinnen und Aargauer vertritt die Auffassung, dass die Polizei die Sicherheit der Bevölkerung ungenügend schützt. Der unzureichende Schutz ist aus Sicht der Bevölkerung speziell auf ungenügende Präsenz und Kontrollen der Polizei zurückzuführen.

- Um den Schutz der Bevölkerung zu verbessern, befürwortet eine Mehrheit eine personelle Aufstockung der Polizei. Drei Viertel wären auch bereit, für weitergehende Sicherheitsmassnahmen mehr Steuern zu bezahlen.

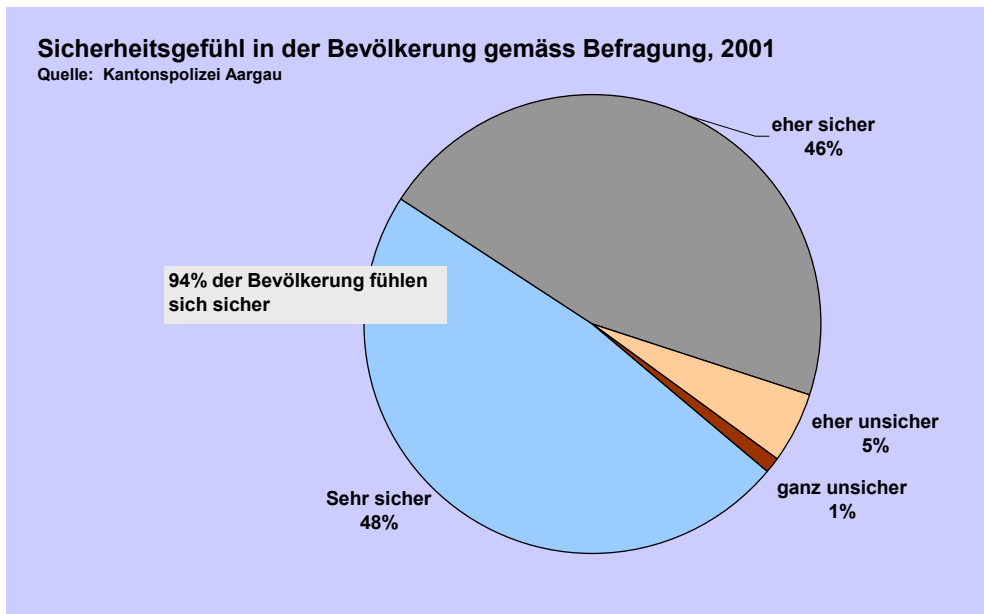


Abbildung 16: Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Kanton Aargau gemäss Befragung 2001 (Quelle: Kantonspolizei Aargau).

Die Resultate der Umfrage widerspiegeln die Situation, dass die Polizei im Aargau sehr schnell und bürgernah reagiert. Dadurch wird in der Bevölkerung nur teilweise wahrgenommen, dass die Intervention und Reaktion nur einen Aspekt des Aufgabenspektrums für die öffentliche Sicherheit darstellt. Aufgrund der knappen personellen Ressourcen (vgl. Abbildung 17) im Sicherheitsbereich im Kanton Aargau erfolgt sie auf Kosten der langfristigen, vorausschauenden und vernetzten Massnahmen sowie einer genügenden Tiefe der Ermittlungen. Die Prävention, aber auch die Verbrechensbekämpfung durch Vorermittlung, Fahndung, Observation, Ausbildung usw. wird vernachlässigt und Resultate aus Analysen der Sicherheitsbedürfnisse und der sicherheitsrelevanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung können nicht genügend umgesetzt werden. Es fehlt die Zeit, um besonderen Problemen wie der Jugendkriminalität die nötige frühzeitige Aufmerksamkeit zu schenken und mit anderen Fachstellen präventiv zusammen zu arbeiten.

Schnelle Reaktion,
Vernachlässigung
der Prävention

Das Polizeikorps ist durch die personellen Engpässe permanent überlastet, besonders da sich der Bearbeitungsaufwand erhöht hat durch Gesetze und gesteigerte Anforderungen der Gesellschaft. Gleichzeitig muss sich die Polizei als attraktiver Arbeitgeber bewähren, um genügend Personal rekrutieren zu können.

Permanente Über-
lastung der Polizei

Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und mit dem Ausland nimmt an Bedeutung zu. Die Kriminalitätsräume im Aargau sind geprägt durch die

Grenzübergreifen-
de Zusammenar-
beit

Agglomerationen Zürich und Basel und nicht durch die Kantongrenzen. Internationale Einflüsse sind bedeutend und verändern sich laufend.

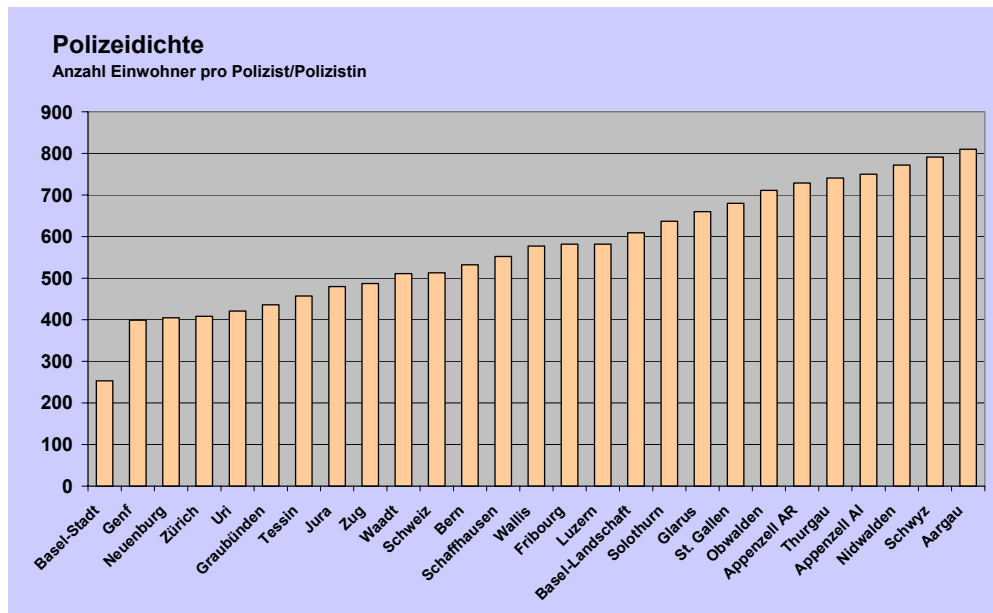


Abbildung 17: Einwohner je Polizist / Polizistin (Gemeinde- und Kantonspolizei), (Quelle: Kantonspolizei Aargau).

→ Projekt Horizont
Realisierung

Eine Grundlage, um diese Herausforderungen im Bereich der polizeilichen Arbeit zu meistern, ist die neue Sicherheitsarchitektur, welche im Kanton Aargau aufgebaut wird (Projekt Horizont Realisierung). Mit dem neuen Polizeigesetz erhält der Kanton Aargau eine zeitgemässe Rechtsgrundlage, mit der neuen Bedrohungsformen begegnet werden kann. Ferner wird die Sicherheitspartnerschaft mit den Gemeinden klar geregelt. Dadurch wird die lokale Sicherheit und Bürgernähe gestärkt. Im besten Fall werden die Sicherheitsbedürfnisse lokal abgeklärt und gezielte Massnahmen getroffen, eingebettet in eine ressortübergreifende Gemeindepolitik (z.B. Drogenpolitik, Schulbereich).

4.4 Öffentliche Gesundheit

Beitrag des Themenfelds zu einer nachhaltigen Entwicklung

Gesundheit im Lichte einer nachhaltigen Entwicklung betrachtet heisst:

- Es geht um Wohl- und Unwohlbefinden von Menschen ($\frac{1}{4}$ der aargauer Bevölkerung fühlt sich psychisch schlecht bis sehr schlecht),
- es geht um einen Wirtschaftsfaktor (2003: CHF 43 Milliarden, 11% BIP) und um einen Kostenfaktor (12% des Budgets eines schweizerischen Durchschnittshaushalts, 20% der Gesamtausgaben von Kantonen und Gemeinden),
- es ist abhängig von einer gesunden Umwelt (z.B. rund 2000 Todesfälle pro Jahr durch Erkrankungen aufgrund von Luftverschmutzungen), und
- es geht um Leben und Tod (100% aller Menschen sterben).

Gesundheit hat somit wirtschaftliche, gesellschaftliche und umweltbezogene Einflüsse und Auswirkungen, sie hat öffentliche und private Aspekte, kurzfristige und langfristige (Abbildung 18). Der Kanton Aargau ist ein Akteur unter vielen im Gesundheitswesen. Seine Wirkung kann kaum von den Wirkungen anderer Akteure isoliert werden. Die folgenden Betrachtungen beziehen sich deshalb in erster Linie auf das Gesundheitswesen in der Schweiz.

Aspekte und Akteure des Gesundheitswesens

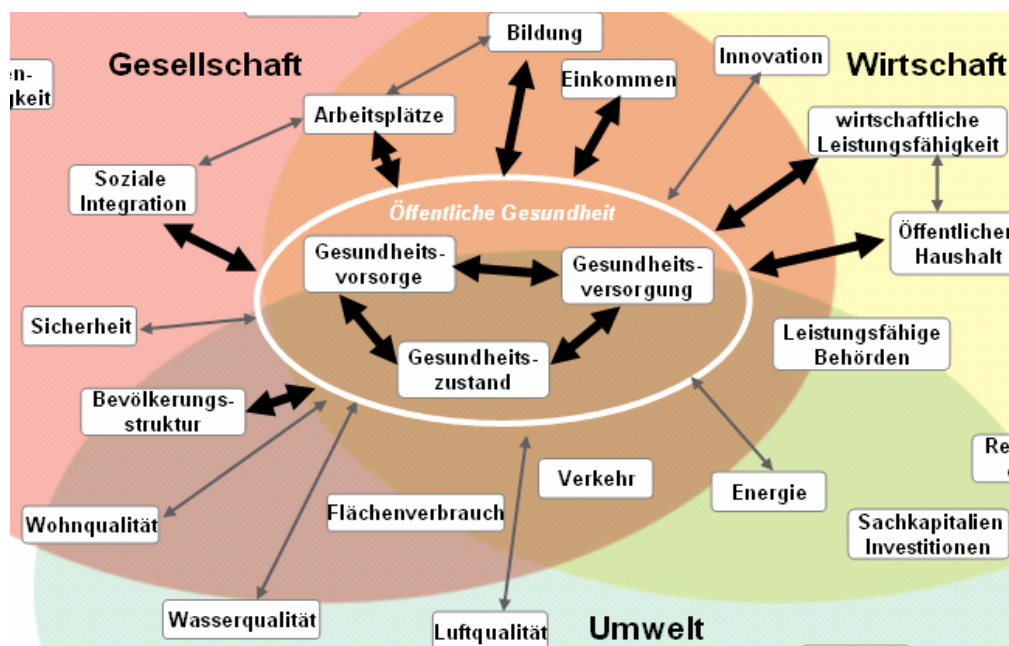


Abbildung 18: Ausschnitt aus dem Wirkungsgefüge „Öffentliche Gesundheit“

Der Gesundheitsbegriff muss präzisiert werden: Die *Öffentliche Gesundheit* setzt sich aus drei Aspekten zusammen:

Gesundheitsbegriff

- Der *Gesundheitszustand der Bevölkerung* ist abhängig von der genetischen Veranlagung, vom sozialen Umfeld und der natürlichen Umwelt, vom Lebensstil und vom Stand der Gesundheitsversorgung.

- Die *Gesundheitsversorgung*, die rund 98% der gesamten Gesundheitskosten ausmacht, umfasst die Versorgungskosten (private und öffentliche), die institutionelle Organisation (Zuständigkeiten, Krankenkassen, etc.) und die Anreizsysteme der verschiedenen Akteure (Kranke, Ärzte, Spitäler, Pharmaindustrie etc.).
- Die *Gesundheitsvorsorge* besteht aus Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung.

Defizite und Handlungsbedarf

Gut aber teuer

Das Gesundheitssystem (Gesundheitsversorgung) in der Schweiz hat eine hohe Qualität und funktioniert gut, es ist aber teuer und die Kosten steigen auch wegen der zunehmenden Alterung der Gesellschaft weiter an.

Kosten / Kostensteigerung

Die Gesundheitsversorgung der Schweiz kostete im Jahr 2003 rund CHF 43 Milliarden. Dies entspricht Fr. 6'000 je Einwohner oder 11% des BIP. Die Kosten verteilen sich approximativ wie folgt auf die verschiedenen Leistungserbringer: ein Drittel Spitäler, ein Drittel Ärzte, ein Sechstel Alte und Behinderte und ein Sechstel Detailhandel. Gesundheitsdienst (Verwaltung) und Vorsorge haben zusammen einen Anteil von nur 2%. Die Kostensteigerung hält bereits seit Jahrzehnten an und liegt deutlich über dem BIP-Wachstum. Heute sind die Gesundheitskosten pro Kopf rund achtmal höher als 1950. Die Kosten steigen auch in wirtschaftlich schwachen Zeiten kontinuierlich an, d.h. der Anteil am BIP wächst dann überproportional. Volkswirtschaftlich werden die Kosten des Gesundheitswesens wie folgt getragen: Private Haushalte: 67%, Staat (Bund, Kantone; Gemeinden): 27%, Unternehmungen: 6%.

Ursachen der hohen Kosten / Kostensteigerung

Die beiden wichtigsten Faktoren für die Kostensteigerung sind der medizinisch-technische Fortschritt (es ist mehr möglich) sowie die steigenden Ansprüche des Einzelnen (wir wollen mehr). Dies äussert sich beispielsweise in der Zunahme der Spitzenmedizin, der Zunahme der Anzahl Arztbesuche pro Versicherten oder den steigenden Ansprüchen an Qualität und Komfort. Weitere Faktoren sind kostensteigernd wirkende Anreize: Die Ärzte bestimmen die Nachfrage – und damit die Höhe ihres Einkommens – teilweise selbst, für die Patienten fehlen Anreize zur Selbstbeschränkung oberhalb der Franchisegrenze. Im interkantonalen Vergleich konnten verschiedene kostensteigernde Faktoren identifiziert werden. Die wichtigsten sind: das Leistungsangebot, die Stärke der sozialen Netzwerke und die Höhe des Einkommens. Ohne Vollkostenrechnung und ohne bekannten Finanzierungsschlüssel fehlt die Kostentransparenz, die für ein selbstverantwortliches Handeln nötig wäre.

„Recht auf Gesundheit“

Das „Recht auf Gesundheit“ (Art. 41 BV, Art. 118 BV) führt angebotsseitig zum Ziel, Gesundheit wiederherzustellen. Nachfrageseitig fördert es eine Anspruchshaltung, die grenzenlose Regeneration einfordert. Gesundheit droht zum übergeordneten Wert, zum Selbstzweck, zu werden. Die eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge rückt in den Hintergrund. Diese Trends zeigen alle nach oben und leisten kumulativ einem grenzenlosen Wachstum des Gesundheitswesens Vorschub.

Der Anteil älterer Personen (über 65 Jahre) wird sich bis 2030 ungefähr verdoppeln. Diese demographische Alterung der Bevölkerung wird die Kosten des Gesundheitswesens weiter in die Höhe treiben, denn ältere Personen suchen rund doppelt so häufig einen Arzt auf als jüngere Personen, sie belegen im Durchschnitt die Hälfte der Spitalbetten und sie haben einen grossen Bedarf an Leistung sozialmedizinischer Institutionen (z.B. einen Platz in einem Pflegeheim). Zwar zeigen aktuelle Studien, dass eine Person die grössten Gesundheitskosten im letzten Lebensjahr verursacht, da aber ein grosser Teil der Bevölkerung über 60 Jahre alt wird, fallen diese Kosten tatsächlich auch im Bevölkerungssegment der über 60-Jährigen an. Da dies auch in Zukunft so sein wird, ist ein hoher Anteil älterer (und sterbender) Personen mit hohen Kosten im Gesundheitswesen verbunden. Die Abbildung 19 zeigt diesen Alterseffekt für die Jahre 2000 und 2060 als „Kostenberg“ bei den über 60-Jährigen. Insgesamt führt dieser „Alterseffekt“ allein zu einer Steigerung der Gesundheitskosten bis 2030 um rund 20%.

Demographische
Entwicklung

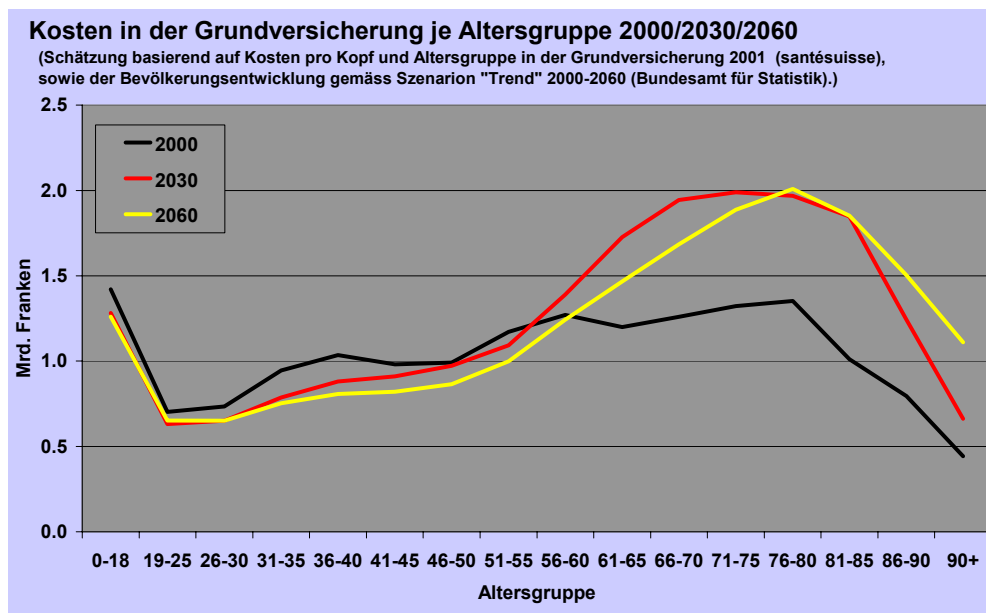


Abbildung 19: Kosten in der Grundversicherung je Altersgruppe zu den drei Zeitpunkten 2000, 2030 und 2060. Die Kurven zeigen den demographischen Effekt der Alterung auf die Kosten unter der Annahme, dass die Kosten je Person und Altersgruppe gleich bleiben. (Eigene Berechnung basierend auf Angaben von santésuisse und BfS).

Der Anteil der Bevölkerung mit psychischen Beschwerden nimmt zu. Angebot an und Nachfrage nach Behandlungen wegen psychischer Probleme steigt. Repräsentative epidemiologische Daten zum Stand der psychischen Gesundheit in der Schweiz fehlen jedoch weitgehend. Unterschiede und Entwicklungstendenzen der psychischen Gesundheit verschiedener Altersgruppen sowie Unterschiede zwischen Männern und Frauen scheinen Ursachen in der Veränderung der Gesellschaft und der Arbeitswelt zu haben.

Psychische Ge-
sundheit

Zu den kantonalen Aufgaben zählt insbesondere die Spital- sowie die Langzeitversorgungspolitik. Die Grundlagen sind in der Gesundheitspoliti-

Schwerpunkte Kan-
ton

sche Gesamtplanung, im Pflegekonzept, im Pflegegesetz, in der Spitalkonzeption und im Psychatriekonzept erfasst (z.T. in Bearbeitung).

4.5 Raum, Mobilität und Umwelt

Beitrag des Themenfelds zu einer nachhaltigen Entwicklung

Für die wirtschaftliche und sozio-kulturelle Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes gilt es, die verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Menschen zu erfüllen: Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit. Verbunden werden diese individuellen Bedürfnisse durch die räumliche Mobilität. Die Erfüllung dieser Bedürfnisse generiert persönlichen und wirtschaftlichen Nutzen, braucht aber Raum.

„Lebens-Raum“ ist begrenzt

Der Raumbedarf führt zu drei grundsätzlichen Problemen: zum einen äussert er sich in einer fortschreitenden Siedlungsentwicklung, die nur schwer steuerbar ist. Zum anderen stellt sich die Frage, wie mit der Ressource „Raum“, die absolut begrenzt ist, langfristig umgegangen werden soll. Drittens wirkt sich die steigende Raumnutzung negativ aus auf die Qualität von Wasser, Boden und Luft, auf die Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie auf die Landwirtschaft und den Wald.

Siedlungsentwicklung und Verkehr sind in eine Rückkoppelungsspirale eingebunden: Das Mobilitätsverhalten beeinflusst die Siedlungsstruktur und die Verteilung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit im Raum. Umgekehrt generieren Siedlungsentwicklung und Nutzungsverteilung neuen Verkehr.

Rückkoppelungs-
spirale

Defizite und Handlungsbedarf

Die Siedlungsfläche nimmt im Kanton Aargau mit einer Rate von rund 1% pro Jahr zu. Gründe dafür sind das Wachstum der Bevölkerung und der steigende Flächenbedarf jedes einzelnen Menschen für Wohnen, Arbeiten, Freizeit und der dazu benötigten Infrastruktur. Zudem ist die Ausweitung des Siedlungsgebiets („Bauen auf der grünen Wiese“) zumeist einfacher und kostengünstiger als das Umnutzen überbauter Areale oder das Verdichten bestehender Quartiere. Auch die Verkehrsleistung nimmt im Kanton Aargau stark zu mit einer Rate von rund 2.5% pro Jahr.

Siedlungs- und
Verkehrswachstum

Bei ungebrochener Zunahme verdoppelt sich der Verkehr in rund 25 Jahren. Eine Kapazitätserweiterung um einen Drittel, beispielsweise durch eine zusätzliche Fahrspur oder mittels Telematik, wäre in nur 10 Jahren durch das allgemeine Verkehrswachstum wieder zunichte gemacht: Die Nutzenphase liegt somit ungefähr in der gleichen Grössenordnung wie die Planungs- und Bauzeit.

Verdoppelung in
25 Jahren

Das Siedlungs- und Verkehrswachstum ist Teil der gegenwärtig stattfindenden Verstädterung des schweizerischen Mittellandes um die Zentren Zürich und Basel (Abbildungen 20 und 21). Diese Hauptzentren dehnen sich in die Agglomerationsgemeinden des Kantons Aargau aus, die ländlichen Gemeinden kommen unter Druck.

Verstädterung

Das Themenfeld Raum – Mobilität – Umwelt ist zudem stark überlagert von wirtschaftlichen Entwicklungen und gesellschaftlichen Trends. Einen bestimmenden Einfluss haben die wachsende Individualisierung, die zuneh-

Überlagernde
Trends

mende Freizeit, die konjunkturellen und technologischen Entwicklungen sowie die Preise für fossile Energieträger.

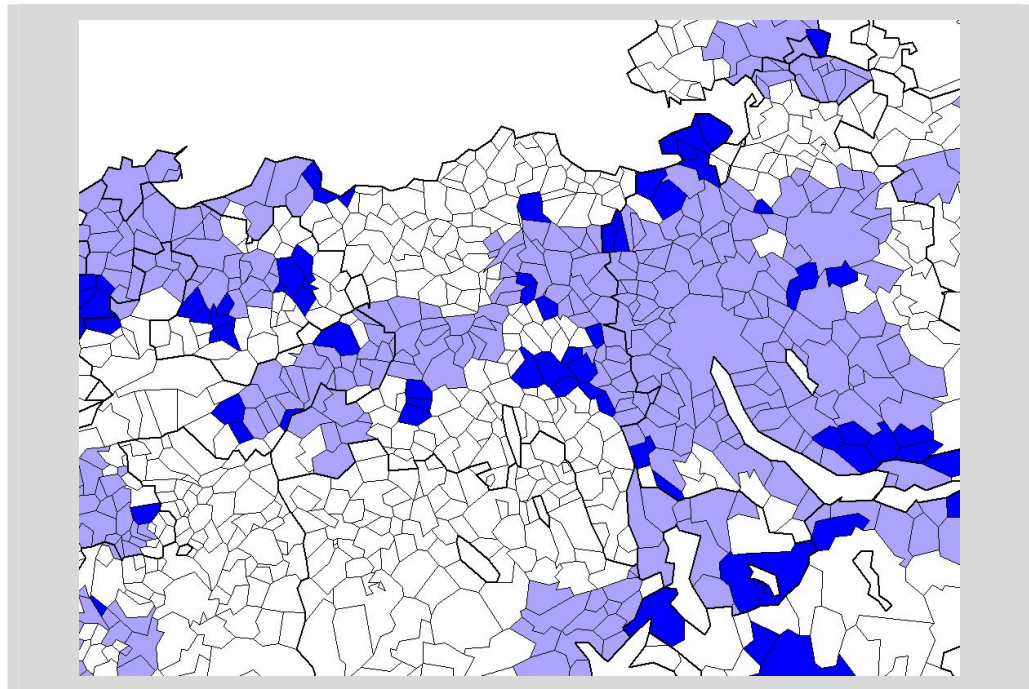


Abbildung 20: Agglomerationsgemeinden. Blau sind alle Agglomerationsgemeinden; dunkelblau sind die Gemeinden, die zwischen 1990 und 2000 neu zu Agglomerationsgemeinden wurden.

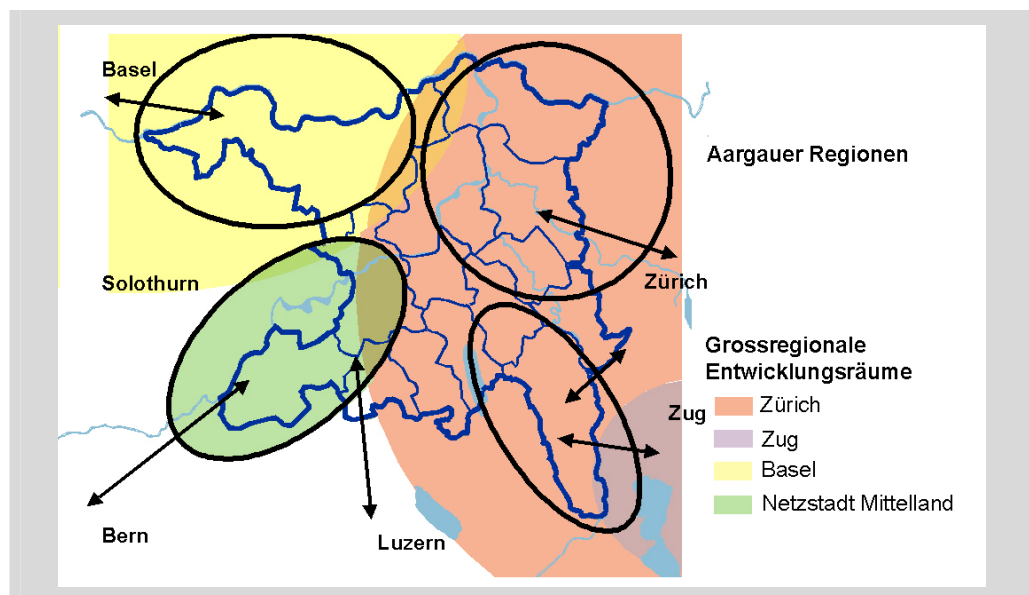


Abbildung 21: Grossregionale Entwicklungsräume

Probleme

Abgesehen von dem eingangs skizzierten Nutzen erzeugt das Siedlungs- und Verkehrswachstum eine zunehmende Belastung von Bevölkerung und Umwelt. Sie beeinträchtigt die Wohn- und Erholungsqualität sowie das Orts- und Landschaftsbild. Die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung ist der

wichtigste Faktor für die Belastung der Luft mit Schadstoffen, und sie schmälert die Lebensgrundlage von Tieren und Pflanzen.

Eine nachhaltige Raumordnung besteht in einem haushälterischen Umgang mit der begrenzten Ressource Boden: Es braucht ressourcenschonende, funktionierende Siedlungs- und Verkehrsstrukturen.

Skizze nachhaltige Raumordnung

- *Ressourcenschonend* heisst: Boden, Energie, Luftqualität, Biodiversität, Wohnqualität (Lärm), Erholungsraum, Landschaft, etc. sollen quantitativ erhalten und qualitativ gefördert werden.
- *Funktionierende Siedlungsstrukturen* heisst: Menschen sollen regional wohnen, arbeiten, einkaufen und sich erholen können ohne weite Wege zurücklegen zu müssen und ohne sich gegenseitig zu behindern.
- *Funktionierende Verkehrsstrukturen* heisst: Menschen sollen sich ihren individuellen Bedürfnissen gemäss bewegen können, ohne sich gegenseitig zu blockieren oder übermässig zu belästigen.

Um die langfristigen Ziele zu erreichen, sind verschiedene Wege zu prüfen:

Mögliche Wege

- Flächenverbrauch für Siedlungen und Verkehrsflächen konsequent optimieren und mit Vorteilen für Natur und Landschaft verbinden,
- Bauzonen besser nutzen und nach innen verdichten,
- Siedlungen klar abgrenzen und ins Kulturland einbetten,
- Wachstum des motorisierten Individualverkehrs (MIV) eingrenzen,
- Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Langsamverkehr stabilisieren,
- Naturwerte besser vernetzen.

Für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung sind neue Lenkungsmöglichkeiten zu prüfen. Der Umsetzung entgegen stehen strukturpolitische Hindernisse, wie relativ günstige Kosten des motorisierten Individualverkehrs, die Förderung der Zersiedlung im ländlichen Raum, eine kleinstädtisch strukturierte Gemeindelandschaft, geringer politischer Spielraum in der Bodenpolitik, die oft fehlende regionale Gesamtsicht bei kommunalen Nutzungsplanungen (z.B. bei Einzonzungen), zu geringe Ausnutzungsziffern oder die ungenügende Verfügbarkeit von Bauzonenreserven.

Synergien und Hindernisse

Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung liegt das Themenfeld Raum – Mobilität – Umwelt in einem Spannungsfeld zwischen Wirtschaftsentwicklung, Lebensqualität und Verkehrserschliessung einerseits und Flächenverbrauch, Umweltbelastung und gefährdeter Funktionsfähigkeit des Verkehrsnetzes andererseits. Die Bedeutung dieses Feldes wird zusätzlich akzentuiert durch die Lage des Aargaus zwischen den grossen Zentren Zürich und Basel sowie die Lage an den zentralen schweizerischen und internationalen Verkehrsachsen.

Fazit

Die Umsetzung dieser Ziele erfolgt in den Projekten Raumentwicklung Aargau (raumentwicklungAARGAU), Strategie nachhaltige Mobilität (Gesamtverkehrskonzept mobilitätAARGAU), Konzept energieAARGAU, Naturschutzprogramm Natur 2010 und in der wirtschaftspolitischen Strategie.

Umsetzung

4.6 Nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Leistungen

Beitrag des Themenfelds zu einer nachhaltigen Entwicklung

Verfassung	Die Kantonsverfassung überträgt dem Kanton die Aufgabe, eine Reihe von Grundrechten zu garantieren sowie einen Katalog von staatlichen Leistungen zu erbringen (siehe Abschnitte 1 bis 3 der Kantonsverfassung). Gleichzeitig statuiert die Kantonsverfassung, dass der Haushalt auf die Dauer ausgeglichen sein muss (siehe § 116 Abs. 1 der Kantonsverfassung). Damit werden die Sach- mit der Finanzpolitik als gleichberechtigte Politikbereiche auf Verfassungsstufe verknüpft.
Balance zwischen Sach- und Finanzpolitik	Die Balance zwischen Sach- und Finanzpolitik ist Voraussetzung dafür, dass die Interessen der kommenden Generationen, der Wirtschaft und der Umwelt in die aktuellen sachpolitischen Überlegungen einbezogen werden. Einerseits gilt es, ausreichend Einnahmen zur Finanzierung der staatlichen Leistungen zu erzeugen, und andererseits müssen sich die staatlichen Leistungen nach den möglichen Einnahmen richten. Die optimale Allokation der Finanzmittel ist sachpolitikübergreifend im Aufgaben- und Finanzplan sowie im Entwicklungsleitbild anzustreben.
Abgabenerhebung	Die Erhebung der öffentlichen Abgaben soll gezielt als Instrument zur Steuerung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Umwelt eingesetzt werden. Sie soll auf folgende Kriterien ausgerichtet sein: <ul style="list-style-type: none"> • Gerechtigkeit: Die Abgabenerhebung soll stets auf den ethischen Vorstellungen der Gesellschaft beruhen und sollte weder Unfrieden stiften noch die Bürgerschaft in Gewinner und Verlierer teilen. • Entscheidungsneutralität: Die Abgabenerhebung soll die allokativen Entscheidungen im privaten Sektor so wenig wie möglich verzerren, weil sonst das Wohlstandsniveau der Bürgerschaft verringert wird. Die notwendigen und gerecht verteilten Lasten der Abgabenerhebung sollten insgesamt so klein wie möglich sein. • Vorteilsabgeltung: Wer direkten Nutzen aus einer staatliche Leistung erzielt, soll dafür auch in angemessenem Mass an den Gesteuerungskosten der Leistung einen angemessenen Beitrag leisten. • Internalisierung: Externe Kosten und Nutzen sind zu internalisieren.

Defizite und Handlungsbedarf

Verschuldungs- und Ausgabenwachstum	Das zentrale Problem der Finanzlage des Kantons Aargau liegt darin, dass das Niveau der Verschuldung - ohne Berücksichtigung der Sonderlasten - zwar moderat ist, die negative Dynamik der Verschuldungszunahme aber im letzten Jahrzehnt zu einer Zunahme der Nettoverschuldungsquote führte (Abbildung 22). Die Überführung der Vorsorge der Lehrpersonen in die Aargauische Pensionskasse und die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken werden Mittels einer Sonderfinanzierung durch ausserordentliche Einnahmen (z.B. SNB-Gold) aufzufangen sein.
-------------------------------------	---

Zentral bei der Beurteilung der finanzpolitischen Lage ist der Vergleich der Entwicklung der Ausgaben und des Volkseinkommens. Hier öffnete sich seit Anfang der 90er Jahre eine Lücke (Abbildung 22). Der Kantonshaushalt wuchs in den 90er Jahren stärker als die Volkswirtschaft.

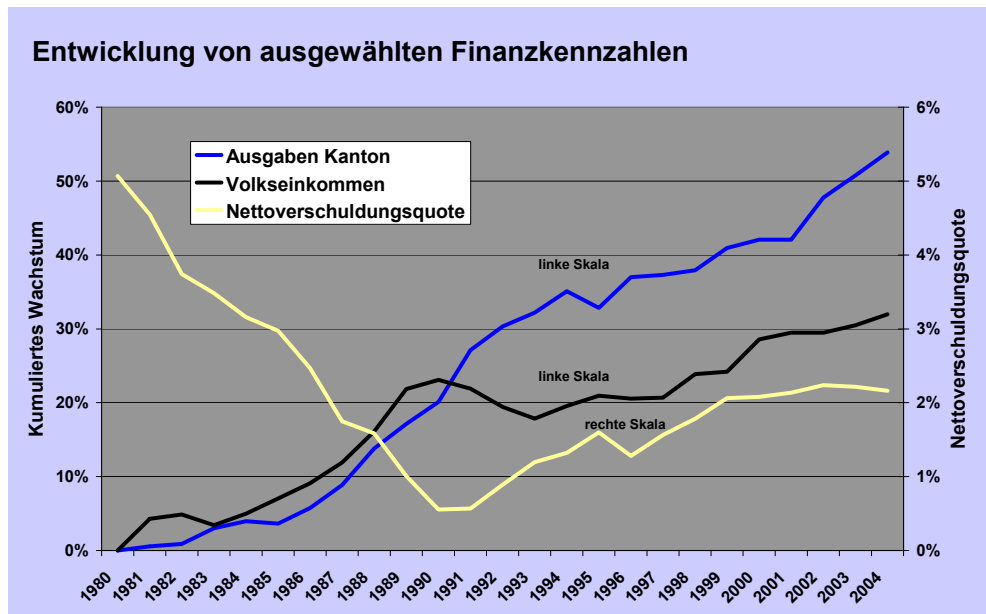


Abbildung 22: Wachstum des Volkseinkommens, der Ausgaben sowie der Nettoverschuldungsquote im Kanton Aargau seit 1980. Die Verschuldungsquote stellt die Verschuldung im Verhältnis zum Volkseinkommen des Aargaus dar. Bei der Nettoverschuldungsquote werden Vermögenswerte und andere Aktiven des Kantons von der Verschuldung abgezogen.

Die Einnahmen sind in Abbildung 22 nicht enthalten. Sie entwickeln sich dem Trend nach gleichgerichtet mit den Ausgaben, bei einer jährlichen Betrachtung sind aber Abweichungen festzustellen. Deshalb sind institutionelle Vorkehrungen – wie die Ausgaben- und Schuldenbremse – hilfreiche Instrumente, um die Ausgaben stärker mit den Einnahmen zu verbinden.

Eine nachhaltige Finanzpolitik liegt vor, wenn die Finanzierung der aktuellen staatlichen Tätigkeit die Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der heutigen wie auch der künftigen Generationen nicht verletzt. Eine nachhaltige Finanzpolitik kann durch effiziente Frühwarn- und Steuerungsinstrumente erreicht werden, wie sie mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung eingeführt werden. Sie können mithelfen, einen ausgeglichenen Kantonshaushalt mit einer tragbaren Verschuldung zu erhalten, ohne die Balance zur Sachpolitik zu gefährden (Abbildung 23).

Nachhaltigkeit der Finanzen

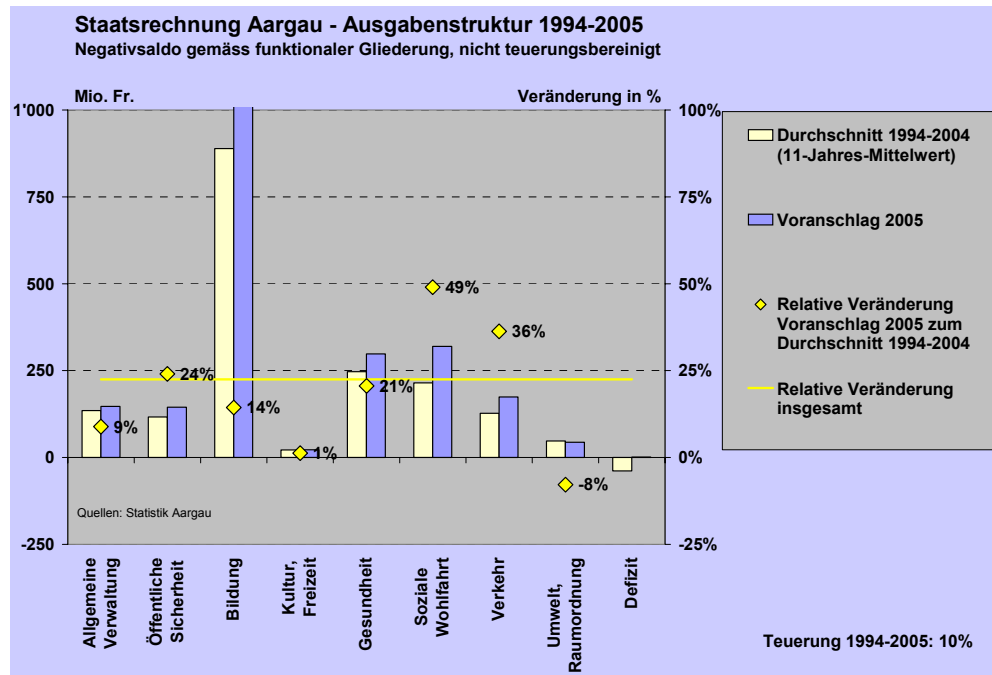


Abbildung 23: Staatsrechnung des Kantons Aargau 1994 bis 2005: Funktionale Gliederung.

5. Nachhaltige Entwicklung im Aargau: vernetzen, abstimmen, abwägen

Wie in den vorherigen Kapiteln gezeigt, bestehen vielfältige Wechselbeziehungen, sowohl zwischen einzelnen Schlüsselbereichen als auch zwischen den Themenfeldern insgesamt.

In einem solchen Gefüge gegenseitiger Wechselbeziehungen können Synergien genutzt werden, beispielsweise:

- Soziale Integration im Sinne eines guten gesellschaftlichen Zusammenhalts fördert die öffentliche Sicherheit, trägt zur individuellen Gesundheit bei und verhindert diverse Folgekosten, welche den öffentlichen Haushalt belasten.
- Die Qualität von Raum, Mobilität und Umwelt ist Teil der Standortattraktivität und damit eine der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum.

Gegenseitige Wechselbeziehungen können aber auch zu Zielkonflikten führen, die sich nicht immer mit win-win-Lösungen entspannen lassen:

- Wirtschaftliches Wachstum ist raumwirksam und umweltrelevant. Eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Siedlungsflächenverbrauch oder Verkehrsleistungen ist zurzeit nicht absehbar.
- Wirtschaftliches Wachstum generiert Wohlstand im Allgemeinen, verhindert aber nicht Benachteiligungen oder Ausgrenzungen Einzelner oder von Gruppen.

Neben inhaltlichen Wechselbeziehungen bestehen auch finanzielle Wechselbeziehungen. Einfach gesagt: steigen die Ausgaben für eine Aufgabe, müssen die Einnahmen steigen oder die Ausgaben für eine andere Aufgabe müssen sinken.

Der Bericht zum Stand der nachhaltigen Entwicklung deckt keine völlig unbekanntes und neuen Zielkonflikte auf. Zielkonflikte bilden den Kern aller politischen Auseinandersetzungen, zumal allein die Präambel der Kantonsverfassung sechs unterschiedliche Staatsziele auflistet.

„Das Aargauer Volk, in der Absicht,
 (1) die Verantwortung vor Gott gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen,
 (2) den Kanton in seiner Einheit und Vielfalt zu gestalten,
 (3) Freiheit und Recht im Rahmen einer demokratischen Ordnung zu schützen,
 (4) die Wohlfahrt aller zu fördern,
 (5) die Entfaltung des Menschen als Individuum und als Glied der Gemeinschaft zu erleichtern,
 (6) den Stand zu einer aktiven Mitarbeit an der Festigung und am Ausbau der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu verpflichten,
 gibt sich nachstehende Verfassung:“

(Verfassung des Kantons Aargau, vom 25. Juni 1980)

Vernetzen, abstimmen, abwägen

Das Modell der nachhaltigen Entwicklung zeigt jedoch, dass die verschiedenen Politikbereiche inhaltlich und finanziell stark miteinander vernetzt sind und aufeinander abgestimmt werden müssen. In manchen Fällen sind die betroffenen Interessen gegeneinander abzuwägen. Solche Interessenabwägungen finden laufend statt, entweder offen in einer politischen Diskussion, beispielsweise über die Grösse des Grossen Rates, oder verdeckt, z.B. durch das stillschweigende Akzeptieren langsamer Veränderungen.

Eine nachhaltige Interessenabwägung

Wird das Prinzip der Interessenabwägung um die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung erweitert, so können auch Interessen berücksichtigt werden, die im normalen Prozess keine oder nur eine schwache „Stimme“ haben, wie beispielsweise zukünftige Generationen oder natürliche Ressourcen. Eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung stellt ausserdem sicher, dass nicht eine Dimension der Nachhaltigkeit systematisch vernachlässigt wird. Anzustreben sind deshalb transparente Interessenabwägungen, bei denen alle Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt werden: Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, weiträumig und langfristig.

6. Ausgewählte Literatur

Langfristig ausgewogene Entwicklung

- Schweizerischer Bundesrat (2002): Strategie Nachhaltige Entwicklung. Bern.

Stärken und Schwächen der nachhaltigen Entwicklung im Aargau

- Kanton Aargau, et al., ETH Strategie Nachhaltigkeit novatlantis (2003): Kernindikatoren für die Nachhaltigkeit von Städten und Kantonen. Schlussbericht.

Äussere Einflüsse auf den Kanton Aargau

- Vereinte Nationen (2000): Millenium Declaration. UNO Resolution 55/2.
- Rat für nachhaltige Entwicklung Deutschland (2003): Weltagrarhandel und nachhaltige Entwicklung. Texte Nr. 1, Berlin.
- economiesuisse (2004): Schweiz – EU: Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der sieben sektoriellen Abkommen (Bilaterale I). in dossierpolitik Nr. 22. Zürich.
- Bundesamt für Statistik (2001): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000-2060. Pressemitteilung Nr. 0350-0103-20, Neuchâtel.
- Credit Suisse (2001): Alterung der Gesellschaft, Auslegeordnung. Zürich.
- Integrationsbüro EDA/EVD (2005): Bilaterale Abkommen I, Schweiz – Europäische Union von 1999. Fact sheet, Bern.

Wirtschaftliche Dynamik durch Bildung und Innovation

- Staatssekretariat für Wirtschaft seco (2003): Der Wachstumsbericht, Bern.
- Zink, Wolf, Rolf Strittmatter (2003): Ein Innovationsmarkt für Wissen und Technologie, Zürich: Avenir Suisse.
- Greater Zürich Area (Hrsg.) (2003): Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich, Zürich.

Soziale Integration durch Bildung und Kultur

- Bundesamt für Statistik/Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (2001): Für das Leben gerüstet? Nationaler Bericht zur Erhebung 2000. Neuchâtel/Bern.
- Kronig, W., Haeberlin, U., Eckhart, M. (2000): Immigrantenkinder und schulische Selektion. Bern: Haupt.
- Bertoud, Anne-Claude, Hutmacher W., Trier U.P. (1999): Was bringt unsere Bildung? Bericht zum Abschluss des Nationalen Forschungsprogramms "Wirksamkeit unserer Bildungssysteme" NFP 33. Chur. Rüeegg.

Öffentliche Sicherheit

- Kantonspolizei Kanton Aargau, Demoscope (2001): Kanton Aargau, Bevölkerungsbefragung zum Thema Sicherheit. Berichtsband.
- Munier, Gerald (Hrsg.) (2002): Kriminalität und Sicherheit. Neue Herausforderungen für Städte und Gemeinden in der Präventions- und Polizeiarbeit. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Feltes, Thomas (2001): "Community Policing" – ein polizeipolitisches Modell für Europa?. in: J. Fehervary, W. Stangl (Hrsg.). Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analysen disparater Entwicklungen. Universitätsverlag. Wien. www.thomasfeltes.de

Öffentliche Gesundheit

- Gesundheitsdepartement Kanton Aargau (2001): Gesundheit im Kanton Aargau. Ergebnisse aus der zweiten Schweizerischen Gesundheitsbefragung 1997. Aarau.
- Gesundheitsdepartement Kanton Aargau (2002): Gesundheit im Wandel. Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Aargau. Aarau.

- Gilliland Pierre (2004): Kosten und Finanzierung. In: Kocher, Gerhard & Oggier, Willy (Hrsg.): Gesundheitswesen Schweiz 2004-2006: eine aktuelle Übersicht. 2., vollst. überarb. und aktualisierte Aufl., Bern: H. Huber.
- Hurrelmann Klaus, Klotz Theodor & Haisch Jochen (2004): Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung. Bern: H. Huber.
- Vaterlaus Stefan et al. (2004): Was leistet unser Gesundheitswesen? Studie, Plaut Economics.

Raum, Mobilität und Umwelt

- Grosser Rat des Kantons Aargau (Hrsg.) (1996): Richtplandtext, Richtplanung Kanton Aargau. Aarau.
- Bundesamt für Raumplanung, Eidg. Justiz-und Polizeidepartement (Hrsg.) (2000): Grundzüge der Raumordnung Schweiz. Bern
- Metron AG (2000): Wechselwirkungen Verkehr/Raumordnung. Bern: BBL/EDMZ
- Baum H., Kurte J., Institut für Verkehrswirtschaft an der Universität zu Köln (2000): Abschätzung des volkswirtschaftlichen Nutzens des Strassenverkehrs in der Schweiz. Köln.
- NFP41 Verkehr und Umwelt (2001): Bausteine für eine nachhaltige Mobilität: Synthese S8. Bern.

Nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Leistungen

- Raffelhüschen, Bernd, Ch. Borgmann (2003): Zur Nachhaltigkeit der schweizerischen Fiskal- und Sozialpolitik: Eine Generationenbilanz. Strukturberichterstattung Nr. 3 Seco.

Anhang: 30 Schlüsselbereiche zur nachhaltigen Entwicklung im Kanton Aargau

Der Anhang ist verfügbar unter:

www.ag.ch/alg/alg/pages/natur/publikationen/download.htm